

Migrantische Selbstorganisation als politische Handlung



Inhalt:

Vorwort

- 3 -

Migrantische Selbstorganisationen im Mittelpunkt

Eine Entscheidung der Entwicklungspartnerschaft wip

- 5 -

Selbstorganisation und Empowerment

- 7 -

Migration, Autonomie, linker Antirassismus. Kanak Attak

„Kanak Attak bedeutet das Ende der Dialogkultur“

Frassanito – By Any Means Necessary. Eine Selbstdarstellung des Frassanito-Netzwerks

- 10 -

Politische Handlung heute.

3 Blicke (in) aus Oberösterreich

Beitrag von Amara

Beitrag der Black Community Linz

Beitrag von maiz

- 16 -

SelbstOrganisation von Frauen ist Bedingung

- 22 -

Partizipation, Selbstorganisation und politisches Handeln

„[...] weil sich nur Ärgern, das bringt nichts, man muss sich aktiv einmischen.“

- 25 -

Bottom up!

- 30 -

Muslimische Selbstorganisationen - *Zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit*

- 32 -

Migrantische Selbstorganisationen (SOMs) *zwischen institutionalisierter Machtteilung und Antirassismus-Arbeit*

- 38 -

Allianzen und Spaltungen zwischen NGOs und Selbstorganisationen.

Ausgangspunkte und Zwischenstände

ANFRAGEN

Interview mit mir selbst

Romani Dori Wien

(Un)Mögliche Allianzen?

Zu Spaltungen und Wissensvermittlung in der Kooperation zwischen NGOs und Selbstorganisationen

- 41 -

AutorInnen-Verzeichnis

- 54 -



Werte Lesende!

Mit dieser ersten Publikation der Equal-Partnerschaft wip – work in process (einem von der EU geförderten Projekt mit dem Schwerpunkt ‚Antirassismus am Arbeitsmarkt‘, das modular aufgebaut ist sowie einen Öffentlichkeits- und trans/nationale Arbeitsbereiche hat) wollen wir uns zum einen vorstellen und zum anderen eine über unsere Kreise hinausgehende Diskussion zum Thema ‚Selbstorganisation von MigrantInnen‘, wofür wir das Kürzel SOM erfunden haben, eröffnen. ‚Unsere Kreise‘, das sind migrantische und nichtmigrantische Organisationen und Vereine, die sich alle aus Eigeninitiative gegründet haben, also unabhängig sind von österreichischen Parteien und Verbänden, von staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen. Und es sind zumeist Menschen, die sich in politisch alternativen und mehr oder weniger

akademisch gebildeten kulturellen Zusammenhängen bewegen und agieren. Nachdem es eines unserer Ziele ist, diese Umgebungen zu erweitern bzw. MigrantInnen anzusprechen, die sich bislang nicht (politisch) kollektiv organisieren, haben wir eine Form gewählt, in der weniger der theoretische Überbau von Migrationspolitiken referiert wird, sondern sich eher Leute aus unserer Kooperation sowie andere Menschen dazu äußern, ob und warum sie in der vorhandenen Realität das Thema Selbstorganisation als Praxis für ihre politische und kulturelle Arbeit wichtig finden. So hat sich ein facettenreiches und uneinheitliches Bild ergeben, das weder inhaltlich/politisch noch formell/sprachlich deckungsgleich ist. Das war für die Redaktion oft nicht einfach auszuhalten – vertreten wir ja auch innerhalb des Projekts ‚wip‘ widersprüchliche Positionen und haben zum Teil selber geschrieben und zum Teil die Textproduktionen ganz aus der Hand gegeben. Gezeigt werden soll damit auch, dass Selbstorganisation als Prinzip gemeinsamen Handelns keine inhaltlichen Vorgaben kennt, sondern in der Selbstbestimmung – von der Motivation bis zum Ziel – der Agierenden liegt.

Da gibt es dann vorab mal keine normative und verallgemeinerbare Bestimmung von ‚richtig‘ und ‚falsch‘, ‚naiv‘ und ‚wissend‘ usw. Der Leitfaden der Texte und Äußerungen bestimmt sich allein durch die Thematik der Wichtigkeit und die mögliche Stärke von autonomer Organisation; die Vermittlung von praktischen Schwierigkeiten und gesellschaftlich-sozialen Problematiken soll in den weiteren Publikationen besprochen werden.

Den Beginn macht der Anfang, d.h. wir veröffentlichen hier Auszüge unserer Begründungs‘philosophie‘, so wie sie in der Antragstellung zur Entwicklungspartnerschaft formuliert worden ist. Deren wesentliches Kennzeichen ist die Ermächtigung und Selbstvertretung der tätigen Subjekte in SOMs, als Einzelne wie als Gemeinsame. Das impliziert eine Kritik an Stellvertretungsansprüchen auch noch so wohlmeinender MehrheitsösterreicherInnen. Gleich das folgende Interview unterstreicht diese Herangehensweise als Empowermentstrategien für die ‚Schwarze Frauen Community‘. Ein größerer, d.h. internationaler antirassistischer Kontext und die Bedeutung autonomer Arbeit wird dann gespiegelt in Textausschnitten von Kanak Attak (ein Zusammenschluss von AktivistInnen aus Deutschland), organisiert von Vertreterinnen der IG Kultur. Wieder zurück im Hier und Jetzt äußern sich, motiviert durch den feministischen Migrantinnenverein ‚maiz‘, im nächsten Beitrag drei verschiedene MigrantInnenselbstorganisationen aus Oberösterreich über die Niederungen des politischen Kampfes und die Ziele ihrer Zusammenschlussformen. Die nachfolgende Sequenz (Bildungsprojekt Frauenhetz) setzt sich mit der Notwendigkeit selbstbestimmten Handelns aller Frauen in einem männerdominierten System auseinander. Das von einer Mitarbeiterin (Institut für Erziehungswissenschaften, Uni Graz) geführte Interview mit einer Vertreterin einer selbst gegründeten migrantischen Frauenvereinigung verdeutlicht die äußeren Begrenzungen, aber auch den Lerneffekt von und durch SOM für die Einzelnen und die Gruppe. Der zweite Beitrag seitens der ‚Frauenhetz‘ befasst sich mit der Problematik der Geschlechterdifferenz und ihrer Konsequenzen für die

Gestaltung von autonomen Räumen für Frauen sowie mit Fragestellungen zum Wort ‚Selbst‘, das ja im jetzigen Neoliberalismus eine gefährliche Bedeutung bekommen hat. Eine andere Schlagrichtung hat der anschließende Artikel der muslimischen Frauenorganisation ‚Dschanuub‘: Hier wird insbesondere die Bedeutung der Selbstorganisation von Migrantinnen/Musliminnen in einer islamfeindlichen Umgebung aufgezeigt. Der zweite Beitrag von ‚Schwarze Frauen Community‘ dreht sich hauptsächlich um das Ausnutzen und den Ausschluss von SOM durch etablierte NGOs. Das öffentlich vertretene Postulat der ‚Equality Standards‘, also die politische Selbstverpflichtung, MigrantInnen als (bezahlte) MitarbeiterInnen zu akzeptieren, entpuppt sich in der Realität zumeist als Augenauswischerei bestehender Strukturen. Der letztfolgende Gemeinschaftsbeitrag von MitarbeiterInnen aus den Kontexten Initiative Minderheiten, Romani Dori und Peregrina befragt sich selbst zu einer ähnlichen Problemlage: Wie und warum existieren und konstituieren sich in den so genannten alternativen bzw. antidiskriminatorischen Bewegungen Machtunterschiede wie sonst auch? Wie können wir einem System etwas entgegenhalten, von dem wir selbst abhängig sind? Was sind die Unterschiede zwischen anerkannten NGOs und kleinen politischen Initiativen/Selbstorganisationen? In welche Widersprüche werden wir in dem Moment verwickelt, wo u.a. Subventionskompetenz erlangt wird? Wie ist die Grenze zwischen Anpassung und Widerstand fassbar?

Wir wünschen uns eine breite Diskussion zwischen Menschen, die sich schon länger mit der Verbindung von Antirassismus und Migration beschäftigen, und solchen, die es wollen könnten.

Wien im Januar 2006

Redaktion für diesen Reader: Beatrice Achaleke, Petja Dimitrova, Vlatka Frketic, Birge Krondorfer, Radostina Patulova, Rubia Salgado, Vina Yun

Migrantische Selbstorganisationen im Mittelpunkt.

*Eine Entscheidung der Entwicklungspartnerschaft wip**

Allgemein ist die Position/ierung von Selbstorganisationen (SO) jenseits neoliberaler Konzeptionen von Ich-AGs, Bürgergesellschaftsvorstellungen und Vereinen aller Art zu verorten. Denn sie haben folgende soziale und politische Implikationen: stärkende Erhaltung des Selbst der Subjekte, Autonomie des Kollektivs und Überschreitung des normativ Vorgegebenen. Da Partizipation Voraussetzung und Zweck von (selbstbestimmten) Gruppierungen ist, ermöglicht die Verbindung von vielen unterschiedlichen Einzelnen eine Transformation zu einem gemeinsamen Dritten, das dem Zusammenhalt einen Rahmen gibt und Isolation aufhebt. Die Gründung von SO ist ein Akt der Selbstvergewisserung (nicht: Egoismus), der durch den Austausch mit den anderen ähnlich Positionierten garantiert wird. Das Ganze als das Mehr der Summe der Teile ermöglicht in dieser Dialektik von Individuum und Kollektiv gegenseitige Anerkennung im Inneren und stellt gleichzeitig die Basis für (Self)Empowerment im/nach Außen (Öffentlichkeit) dar.

Migrantische soziopolitische Netzwerke sind bestehende Verbindungen und zu konstituierende Kontexte, die die Betroffenen mit Informationen versorgen und materielle sowie ideelle ‚Kosten‘ von Migrationsbewegungen reduzieren helfen und wirklichkeitsnäher sind. Eine der Formen sind die migrantischen Selbstorganisationen (SOM). Diese definieren sich als Zusammenschluss von AkteurInnen, die eigene, bestimmte und gemeinsame Motivationen, Interessen und Ziele suchen und finden, haben und entwickeln. Sie zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass die Beteiligten sich freiwillig als Kontext erfinden. MigrantInnen gelangen dadurch zu einer kollektiv selbstbestimmten Konstitution. Dieser Raum lebt von der Verschiedenheit und Gleichheit der Teilnehmenden, was hier nicht als schwächender

Widerspruch wahrgenommen wird, sondern als Stärkung durch Differenzierung. Denn Entscheidungsfindungen und Arbeitsprozesse geschehen idealerweise nicht durch Uniformierung, sondern durch Mitbestimmung von jeder/m.

Die autonome Entscheidung der Teilnahme an einer selbstorganisierten Formation produziert subjektive Kompetenzerweiterung - durch Austausch und Umverteilung von Wissen, Bewusstsein und Erfahrung - sowie objektive Kooperationen, die auf dieser gründen. Der kontinuierliche und dynamische Prozess macht SO (und ihre ProduzentInnen) verbindlich und beweglich. Und er eröffnet eine realistische Verbindung von illusionären Wünschen und praktikablen Perspektiven bezogen auf die Arbeitswelt, da grundsätzlich von einer Lernfähigkeit voneinander auszugehen ist, also auch Erfahrungen tradiert und neue Ideen kreiert werden können. Die möglichen Phantasien vom ‚gelobten Land‘ werden oft genug konterkariert durch die enttäuschende Realität einer prinzipiell diskriminierend organisierten Umwelt, die der bislang gewohnten Identität tiefe Verunsicherungen zufügt.

Dieser Destabilisierung kann durch SOM entgegengewirkt werden, da sie der Bildung von Selbstbewusstsein förderlich ist. Durch diese Mehrung der Handlungsfähigkeit (der Einzelnen, der Gruppe, der Organisationen, der Netzwerke) bleibt das Konzept einer antidiskriminatorischen Gesellschaft nicht bloße Absicht, denn es geht dabei nicht um assimilatorische und Unterschiede nivellierende Zwangsbeglückungen, sondern um die Strategie der Affirmation von Differenzen - ohne das Recht auf gleiche Rechte damit zu verneinen.

Die Förderung von SOM erscheint deshalb als angemessene Herangehensweise zur Bekämpfung von

Rassismen in Gesellschaftspolitik und am Arbeitsmarkt. Denn es geht dabei um orientierte/orientierende Selbstvertretung – und nicht um eine (durch die Mehrheitsgesellschaft) institutionalisierte, oft gut gemeinte und die eigenen hegemonialen Mechanismen vergessende Stellvertretung. Dieses Prinzip geht davon aus, dass die „Betroffenen“ am besten ihre Bedürfnisse und Wünsche kennen und Darstellungs- und Umsetzungsformen entwickeln können, die Arbeitsfelder in Ökonomie, Bildung und Kultur aufschließen helfen. Die Unterstützung von aktiven Partizipationen in/durch SOM kann Machtgefälle zwischen Mehr- und Minderheiten reduzieren. Denn erst wenn etwas als Unterschiedenes ernst genommen wird, ist eine respektvolle Verbindung möglich.

Durch Partizipation in SOMs, also durch den Weg der wechselseitigen Anerkennung und der Bildung eines schützenden Raumes, wird eine grundlegende individuelle wie kollektive Selbstbewusstseinsstärkung erreicht, die jede/r heutzutage als Voraussetzung – nebst herkömmlichen Schulungen/Weiterbildungen – braucht, um in Politik, Gesellschaft und am Arbeitsmarkt einen

Platz zu finden. So versteht sich das Ziel unserer Entwicklungspartnerschaft (EP) weniger als Hilfestellung für diskriminierte Personen, sondern möchte Ermutigungsarbeit, Allianzenbildung sowie Unterstützung von bestehenden SOMs und von Menschen, die eine solche gründen wollen, fördern.

Schulungen und Beratungen von Individuen (als den vielen unverbundenen Einzelnen) können in der jeweiligen Situation momentan effektiv sein; dennoch sind nachhaltige Prozesse der antirassistischen Arbeit eher und mehr durch die Verankerung von Kompetenzen in (und durch) die SOM gewährleistet.

Die EP stellt damit nicht bloß Dienstleistungen zur Verfügung; und sie sieht sich nicht als ermächtigende Instanz von schwachen und unwissenden Subjekten: Ein Empowerment von außen weist – abgesehen von einer Zementierung hierarchischer Strukturen – wenig Wirksamkeit auf. Die EP versteht sich selbst als Lernende im Austausch mit andern SOMs, was Zusammenarbeit, gemeinsames Handeln und wechselseitige Vermittlung von politischen Handlungskompetenzen erfordert.

**leicht modifizierter und gekürzter Auszug aus dem Konzept der EP „work-in-process“; zusammengestellt von Birge Krondorfer*



Selbstorganisation und Empowerment

Ein Gespräch mit Maria Vatanzadeh und Belinda Kazeem von der Schwarzen Frauen Community.

Stichwort Selbstorganisation. Was fällt euch dazu ein?

Belinda Kazeem: Zu Selbstorganisation fällt mir sofort unser Verein Schwarze Frauen Community ein. Selbstorganisation ist z.B., wenn MigrantInnen sich selbst organisieren und schwarze Frauen für sich selbst sprechen. Das heißt, man wird zum Subjekt, da ist es nicht mehr so, dass jemand anderer über einen redet.

Maria Vatanzadeh: Es bedarf mehr Anteilnahme der Migrantinnen, in unserem Fall mehr Anteilnahme von schwarzen Migrantinnen, das hängt aber mit einer stärkeren Politisierung der Frau zusammen, durch die sie motiviert wird. Wir können zu dieser Politisierung beitragen.

Apropos Teilnahme: Woran soll die schwarze Frau teilnehmen?

Vatanzadeh: Es geht um aktive Beteiligung, ansonsten bleibt die schwarze Frau Objekt. Die Beteiligung ergibt sich durch die Selbstvertretung und Selbstbestimmung. Das heißt nicht, dass wir dann andere schwarze Frauen zum Objekt unserer Selbstvertretung machen, sondern, dass sie sich selbst am Geschehen beteiligen.

Gibt es eurer Meinung nach politische schwarze Frauen in Österreich?

Kazeem: Ja, es gibt sehr wohl schwarze Frauen, die eine politische Meinung haben und an der Arbeit von SOMs teilnehmen möchten, aber ich kenne keine, die in politischen Parteien sind. Ich glaube, dass auch der Zugang zu solchen Institutionen, wie z.B. einer politischen Partei, einfacher gemacht werden muss. Die Parteien müssen sich auch um Menschen mit migrantischem Hintergrund bemühen und ihnen verantwortungsvolle Funktionen anvertrauen. Natürlich müssen

wir uns selber engagieren, die Möglichkeiten müssen aber von den Parteien geschaffen und nach außen getragen werden.

Würde die Politisierung von MigrantInnen, insbesondere von Menschen schwarzer Hautfarbe, das politische Geschehen in Österreich beeinflussen?

Vatanzadeh: Ja, wenn die Frauen wirklich aktiv werden, denn die schwarzen Frauen sind jetzt sozusagen ‚unsichtbar‘. Wenn sie eine aktive Stimme haben und als Gruppe aktiv werden, dann sind sie schon im Geschehen. Dafür müssen sie zuerst mobilisiert werden und das geschieht in der Selbstorganisation.

Stichwort Mobilisierung: Wie könnten MigrantInnen, insbesondere schwarze Frauen, mobilisiert werden? Oder was hindert schwarze Frauen daran, am gesellschaftlichen und politischen Geschehen teilzunehmen?

Vatanzadeh: Die erste Hürde ist die Lebenssituation vieler Frauen, die keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben, keinen richtigen Job, der ihnen erlaubt, ein ‚normales‘ Leben zu führen, keine Grundsicherung. Sobald sie von diesen Sorgen befreit sind, ist es leichter, sie zu mobilisieren. Wir wissen, dass viele Frauen gerne bei SFC mitmachen würden, aber solange sie nicht mit dem eigenen Leben in Österreich klarkommen, sind sie nicht in der Lage, sich aktiv zu beteiligen.

Kazeem: Zudem erfahren MigrantInnen, insbesondere schwarze, Ausgrenzung sowohl durch den Gesetzgeber als auch durch die Gesellschaft. Frau ist täglich mit den verschiedensten Formen von Diskriminierungen konfrontiert. So wird den Leuten der Mut genommen und irgendwann reicht die Kraft einfach nicht mehr aus, um ständig zu kämpfen.

Hilft es, sich selbst zu organisieren?

Kazeem: Ich glaube, ein wesentlicher Aspekt von Selbstorganisation ist, dass man kämpft, man hat es einfach selber in der Hand. Und dieses Gefühl, wenn man merkt, dass man sich selber Freiräume, überhaupt Räume schaffen kann, stärkt einfach dein Selbstbewusstsein, dein Auftreten, deinen Umgang.

Was bedeutet Empowerment für euch?

Kazeem: Allgemein bedeutet Empowerment für mich, wenn ich Maßnahmen ergreifen kann, die mir das Leben leichter machen. Zum Beispiel, wenn ich mich selber organisiere, wenn ich mit anderen Frauen zusammenkomme und in irgendeiner Form Widerstand leiste. Und wenn das nur ein Brief an jemanden ist oder sonstiges, dann gibt mir das Kraft. Dann bin ich nicht mehr nur noch Opfer, sondern gestalte mein Leben selbst.

Vatanzadeh: Empowerment bedeutet für mich, mich soweit zu entwickeln, dass ich für mich selbst bestimmen und für mich sprechen kann. Ich bin selbst in der Lage zu bestimmen, was ich mache, wie ich lebe und wie ich meine Zukunft gestalte.

Gibt es wesentliche Unterschiede zwischen Organisationen für MigrantInnen und Selbstorganisationen von MigrantInnen?

Kazeem: Ein Unterschied ist schon mal, dass bei den etablierten NGOs meist stellvertretend für jemand anderen gearbeitet wird. Bei Selbstorganisationen sprechen genau die Menschen, um die es geht. Sie versuchen ihre Lage mit eigenen Strategien und Arbeit zu ändern. Hier weiß frau aus eigener Erfahrung, worum es geht, es ist einfach ein anderer Zusammenhang. Und wenn z.B. eine schwarze Frau zu einer schwarzen Frauenorganisation geht, sind das Verhältnis und die Gespräche ganz anders.

Vatanzadeh: Ich finde, Ziele werden besser erreicht,

wenn man die Möglichkeit hat, für sich selbst zu sprechen. Also, Migrantinnen organisieren sich in SOMs und sprechen für sich selbst. Dazu kommt, dass Organisationen, die für Migrantinnen da sind und keine Migrantinnen in ihrer Arbeit beteiligen (konkret: Migrantinnen als Mitarbeiterinnen anstellen), dazu tendieren, diese zu Schubladisieren.

Welche Rolle haben Mehrheitsangehörige bzw. etablierte NGOs in der antirassistischen Szene hinsichtlich der Anliegen von MigrantInnen?

Vatanzadeh: Durch ihre Arbeit schaffen sie meistens Abhängigkeit. Das ist dann ein Schritt nach vorne und zwei nach hinten, denn die Begünstigten lernen nichts, was ihnen den Weg in die Selbständigkeit ebnet. Selbstverständlich haben Mehrheitsangehörige ein gewisses Know-how, aber sie müssen bereit sein, dieses Wissen mit den Migrantinnen zu teilen und zusammen mit den Migrantinnen in der Antirassismus-Szene zu arbeiten.

Welche Art der Zusammenarbeit zwischen SOMs und Mehrheitsangehörigen wünscht ihr euch?

Kazeem: Ich würde mir wünschen, dass sich NGOs für MigrantInnen öffnen, für Leute der zweiten Generation. Dass die Plätze in NGOs nicht nur besetzt sind durch MehrheitsösterreicherInnen, die auf der Uni waren und studiert haben und einen eher theoretischen Background haben. Ich würde mir wünschen, dass Menschen aus der Praxis arbeiten.

Vatanzadeh: Dass Mehrheitsangehörige und SOMs zusammen an Fortbildungen, Auseinandersetzungen und am Austausch über Themen zu Rassismus, Antirassismus und Diskriminierung aus der Sicht von Mehrheiten und Minderheiten teilnehmen. Migrantinnen sollen sich auch mehr mit Antirassismus-Strategien auseinandersetzen, dadurch können sie auch eine Beraterinnen-Funktion in diesem Bereich haben.

Gibt es Unterschiede zwischen einer Migrantin mit

schwarzer Hautfarbe und einer Migrantin mit türkischer oder jugoslawischer Herkunft?

Kazeem: Für mich gibt es klare Unterschiede, die einen haben schwarze Hautfarbe und die anderen weiße, und das ist ein essenzieller Unterschied in Österreich. Die mit schwarzer Hautfarbe sind sofort (als ‚AusländerInnen‘) erkennbar, egal ob sie nun hier geboren und aufgewachsen sind, oder ob sie gerade gekommen sind. Das Bild, das Medien und Politik über schwarze Menschen verbreiten, hinterlässt kein gutes Gefühl.

Vatanzadeh: Die Unterschiede sind klar, und man darf auch nicht vergessen, dass die türkischen oder jugoslawischen MigrantInnen eingeladen wurden, hier zu arbeiten. Ich spreche nicht von den Menschen, die durch den Krieg hierher gekommen sind, sondern von den GastarbeiterInnen in den 1970ern. Natürlich haben die schon einen anderen Status als z.B. afrikanische oder schwarze Flüchtlinge. Interessant ist, dass Schwarze auch von anderen MigrantInnen diskriminiert werden, nicht nur von ÖsterreicherInnen.

Es gibt sozusagen Klassen unter den MigrantInnen?

Vatanzadeh: Ja, Migrantinnen aus manchen Ländern werden mehr akzeptiert, wie Amerikaner, Japaner oder EU-Bürger im Allgemeinen, was auch mit dem allgemeinen Wirtschaftsstatus und der politischen Rolle des Landes in Weltfragen zu tun hat. Osteuropäer werden auch in manchen EU-Ländern als Menschen zweiter Klasse gesehen. Anders ist es mit dem Ansehen von Asiaten, Lateinamerikanern und Afrikanern aus Entwicklungsländern.

Stichwort ‚Affirmative Action‘. Was kannst du damit anfangen?

Vatanzadeh: Ich befürworte Affirmative Action, denn meistens bedeutet diese in vielerlei Hinsicht bessere Chancen für benachteiligte Gruppen. Ich bin auch dafür, dass Selbstorganisationen von Migrantinnen eine solche Affirmative Action durchführen, auch wenn

später gesagt wird, dass wir selbst durch Affirmative Action andere diskriminieren.

Welche Rolle könnten Selbstorganisationen in der antirassistischen Auseinandersetzung spielen?

Kazeem: Sie können dafür sorgen, dass Themen, die MigrantInnen betreffen, nicht in den Hintergrund rücken. Interessant wäre in diesem Zusammenhang die antirassistische Arbeit an den Schulen.

Vatanzadeh: Sie können durch ihre Arbeit und ihr Engagement ein besseres Zusammenleben von Mehrheitsösterreichern und Einwanderern fördern und auch dafür sorgen, dass die Anliegen der Migrantinnen im antirassistischen Diskurs und in der antirassistischen Arbeit immer im Vordergrund stehen.

Das Gespräch führte Beatrice Achaleke, Schwarze Frauen Community, Modul 3, EMSF - Equality Mentoring für schwarze Frauen



Migration, Autonomie, linker Antirassismus

Kanak Attak

Als Teil des EQUAL-Projekts ‚wip - work in process‘ widmet sich das Modul der IG Kultur Österreich ‚fields of TRANSFER‘ der Vernetzungsarbeit zwischen migrantischen Selbstorganisationen und autonomen Kulturinitiativen. Unser Interesse richtet sich auf die Bedingungen migrantischer Kulturarbeit bzw. der Partizipation von MigrantInnen im autonomen Kulturbereich aus der Perspektive eines politischen Antirassismus.

In den letzten Jahren hat das AktivistInnen-Netzwerk Kanak Attak den linken antirassistischen Diskurs im deutschsprachigen Raum entscheidend mitgestaltet – in Form von Theorieproduktion, politischen Aktivitäten und nicht zuletzt kultureller Arbeit. Im Zuge eines Kanak-Attak-Diskussions- und Filmabends in Wien sowie des Symposiums ‚transnational europe II‘ in Köln im November 2005 haben wir Kontakte zu VertreterInnen von Kanak Attak geknüpft und sie eingeladen, ihre Aktivitäten im Rahmen des vorliegenden Readers zu präsentieren.

Strategie Kanak: Vom ‚Ende der Dialogkultur‘...

Als sich Ende der 1990er Jahre antirassistische AktivistInnen in Deutschland unter dem Label ‚Kanak Attak‘ zusammenschlossen, geschah dies als Reaktion auf die klassischen antirassistischen Strategien der deutschen Linken sowie der Lobbypolitik der traditionellen MigrantInnen-Organisationen: Nein danke zum ‚Tag des ausländischen Mitbürgers‘ und zum Multikulturalismus-Modell, das auf ‚Toleranz‘ setzt, zur Folklore-Show und zum paternalistischen Opfer-Diskurs, zur Logik herrschender Repräsentationspolitiken. Vielmehr machten sich die Kanak-Attak-AktivistInnen – organisiert in lokalen Gruppen in verschiedenen westdeutschen Städten – mit einem ‚Mix aus Theorie, Politik und künstlerischer Praxis‘ daran, die gesellschaftlichen Bedingungen, die den Status ‚des/der Fremden‘ über-

haupt erzeugen, anzuklagen. Dementsprechend heißt es auch im Kanak-Attak-Manifest: ‚Kanak Attak fragt nicht nach dem Pass oder nach der Herkunft, sondern wendet sich gegen die Frage nach dem Pass und der Herkunft.‘

Eine Konsequenz daraus lautet daher auch: ‚Und weil Kanak Attak eine Frage der Haltung und nicht der Herkunft oder der Papiere ist, sind auch Nicht-Migranten und Deutsche der n2-Generation mit bei der Sache.‘ Allerdings sind sich die AktivistInnen der Widersprüche bewusst: ‚Die bestehende Hierarchie von gesellschaftlichen Existenzen und Subjektpositionen lässt sich nicht einfach ausblenden oder gar spielerisch überspringen. [...] Damit bewegt sich das Projekt in einem Strudel von nicht auflösbaren Widersprüchen, was das Verhältnis von Repräsentation, Differenz und die Zuschreibung ethnischer Identitäten anbetrifft.‘

... zur ‚Autonomie der Migration‘

Nicht nur anhand der Inhalte, auch in der Sprache (mit ihren zahlreichen Referenzen auf Pop- und Alltagskultur) und der Wahl der Ausdrucksformen (siehe etwa die Videoproduktionen für ‚Kanak TV‘ oder die ‚Kanak History Revue‘-Show, in der Ausschnitte der Migrationsgeschichte in Deutschland inszeniert wurden) wird bei Kanak Attak der Wechsel der Perspektive auf Anti/Rassismus und Migration im Zuge ihrer veränderten Bedingungen deutlich. ‚Eines unserer Ziele war, die Geschichte des antirassistischen Widerstands von MigrantInnen zu rekonstruieren, eine ungeschriebene und auch unbekannte Geschichte. Wir wollten eine Tradition freilegen, die zum Teil nur untergründig gewirkt hat und verschüttet war. Die Idee war: Wenn du eine eigene Geschichte hast, bist du machtvoller, kannst du auf etwas verweisen, was überliefert und angeeignet werden kann. Das wollten wir nutzen, um organisierend zu wirken. Es ging also auch um ein

Bildungsprojekt für uns selbst und nach außen hin. Das Ziel war, aus den Niederlagen und Erfolgen der Kämpfe seit den 60er Jahren zu lernen und zu verstehen, wie sich Rassismus in Deutschland geändert hat.’ (Manuela Bojadzjev auf www.kanak-attak.de)

Wie die AktivistInnen von Kanak Attak auch in der These der ‚Autonomie der Migration’ hervorheben, geht es allerdings weniger um die Gestalt des migrantisches Subjekts, das die Basis gemeinsamen politischen Handelns darstellt, sondern um die Re-Artikulation antirassistischer Strategien in Verknüpfung mit anderen sozialen Kämpfen – wie etwa dem Widerstand gegen die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen im Rahmen von EuroMayDay. In diesem Verständnis steht auch das seit 2003 bestehende europaweite Frassanito-Netzwerk, an dem Kanak Attak derzeit aktiv beteiligt ist.

Im Folgenden haben wir ein kurzes Interview mit Mark Terkessidis zum Selbstverständnis von Kanak Attak sowie eine Selbstdarstellung des Frassanito-Netzwerks ausgewählt – zum einen als Diskussionsbeitrag über Formen und Inhalte ‚gemischter’ antirassistischer Selbstorganisationen, zum anderen als ein konkretes Beispiel antirassistischer Netzwerkarbeit zwischen autonomen migrationsbezogenen Initiativen auf transnationaler Ebene.

Unser Dank geht insbesondere an Vassilis Tsianos/Kanak Attak.

Manifest, Textarchiv & aktuelle Veranstaltungen von Kanak Attak auf <http://www.kanak-attak.de>

‚Kanak Attak bedeutet das Ende der Dialogkultur’

*Interview mit Mark Terkessidis zu Kanak Attak**

Kannst Du kurz erzählen, was Kanak Attak ist und was ihr so macht?

Kanak Attak ist ein Netzwerk, das vor einigen Jahren aus einem Unbehagen an der klassischen

Selbstorganisation von Migranten entstanden ist. Migranten waren überwiegend in ethnischen Gruppen organisiert – wir wollten eine gemeinsame Plattform. Der Begriff ‚Kanake’ schien dafür genau richtig. Diese rassistische Beleidigung sollte ähnlich wie ‚Nigger’ umgedreht und als Ausgangspunkt einer gemeinsamen Mobilisierung benutzt werden. Ein weiterer Punkt betraf die geradezu unheimliche Bereitschaft der Migranten in Deutschland, immer wieder in den nächsten Dialog einzusteigen. Deswegen ‚Attak’, unsere Devise lautete: ‚Das Ende der Dialogkultur.’

Aus welchem Kontext heraus ist Kanak Attak entstanden?

Kanak Attak war zu Beginn ein Projekt von Leuten, die meist innerhalb der Linken sozialisiert wurden, aber der Auffassung waren, dass die deutsche Linke die Probleme und Positionen der Migranten weitgehend ignoriert. In Deutschland geht es ja bekanntlich immer ums große Ganze – da stören Migranten mit ihren ‚Nebenwidersprüchen’ nur. Aber Organisationen wie Kanak Attak, die Karawane und The Voice haben im linken Diskurs sicher einiges verändert.

Ihr versucht auch mit Kulturarbeit Akzente zu setzen, wie z.B. Feridun Zaimoglu mit dem Buch ‚Kanak Sprak’ oder eure Projekte an der Volksbühne. Glaubt ihr nicht, dass ihr in den kulturellen Mainstream bereits integriert seid?

Feridun war am Anfang bei Kanak Attak, ist aber wegen Differenzen ausgeschieden. Seine Bücher haben mit der politischen Gruppe Kanak Attak nichts zu tun. Anders bei den Sachen an der Volksbühne. Die waren bewusst so platziert, dass sie mainstreamtauglich waren. Wir sind im Übrigen kein Mainstream geworden, was man durchaus bedauern kann: Es geht uns ja gerade darum, Migranten als politische Subjekte in der Gesellschaft möglichst breit sichtbar zu machen. Gegen die Gefährlichkeit des Kulturbetriebs setzen wir übrigens Theorieproduktionen und politische Positionen wie in der ‚Legalisierungskampagne’ sowie

autonome Kulturproduktionen – wie mit den Filmen bei ‚Kanak TV‘.

Frassanito – By Any Means Necessary

Eine Selbstdarstellung des Frassanito-Netzwerks

Teile der Konservativen meinen, dass ihr durch die Sichtbarmachung der ‚Kanaken‘ die gesellschaftliche Ausgrenzung reproduziert und eine Integration so verhindert?

Wir haben schon Kanak-Attak-Veranstaltungen gemacht, wo das Motto lautete: ‚No Integracion‘. Gerade bei der derzeitigen Debatten ist klar geworden, dass ‚Integration‘ ein Begriff ist, der die Ausgrenzung nur verstärkt: Da es keine klaren Kriterien für Integration gibt und es vornehmlich um Kultur geht, wird der Abstand immer wieder hergestellt, der doch angeblich überwunden werden soll. Es gibt zwar Diskussionen über ‚Parallelgesellschaften‘, aber keine Debatten darüber, dass gerade zehntausende Deutsch-Türken wieder ausgebürgert werden oder dass die Arbeitslosigkeit unter Migranten in Nordrhein-Westfalen bei 29,5 Prozent liegt. Und es wird über ‚Ehrenmorde‘ gesprochen, aber nicht über die krasse Diskriminierung von Migranten im Bildungsbereich. Wir brauchen doch Migranten gar nicht sichtbar zu machen. In Deutschland sind so genannte Ausländer oder Fremde permanent sichtbar. Es geht darum, aus dieser Sichtbarkeit ein politisches Projekt zu gewinnen – Migranten sollen sich selbst repräsentieren. Und ich habe ja eben schon gesagt: Mit diesen Ansätzen hat die Linke in Deutschland teilweise immense Probleme. Darüber hinaus gibt es in letzter Zeit Gruppen, die sich selbst für links halten, die aber gerade in ihrem rhetorischen und polemischen Kampf gegen ‚den Islam‘ selbst – und zwar ganz eindeutig – rassistisch geworden sind.

* Interview erschienen in ‚Der Antiberliner‘, April 2005,
<http://www.derantiberliner.de>

von: Serbat Karakayali, Sandro Mezzadra, Vassilis Tsianos, Manuela Bojadzijev, Thomas Atzert

Ein Gerücht geht um. Das Gerücht von Frassanito. Von Athen bis Manchester, von Malaga bis Göteborg, von Ljubljana bis Calais, Istanbul und Kiew, trachten AktivistInnen der Migration danach, seine Zentrale zu lokalisieren, googeln fiebrig nach seiner Website, mutmaßen über die Chiliaden seiner Mitglieder und die Entzifferung seiner Abkürzung. Frassanito ist ausnahmsweise keine subversiv anmutende Abkürzung, sondern eine kleine idyllische Stadt im süditalienischen Apulien, in der im Sommer 2003 ein Grenzcamp und im Anschluss daran die inzwischen legendäre Bari-Aktion stattgefunden haben: Dort brachen AktivistInnen in ein Abschiebelager ein und schufen die Bedingungen für die Flucht einiger der dort inhaftierten MigrantInnen. Während des Camps konstituierten sich zunächst Initiativen und Einzelpersonen aus Italien, Frankreich und Deutschland, später auch aus Spanien und Griechenland, Großbritannien und Slowenien zu einem losen Netzwerk, um gemeinsam auf Migration bezogene politische Initiativen in den europäischen Sozialforen (2003 in Paris, 2004 in London) zu stärken und zu koordinieren. So profan, zwischen Strand, ultralauten Zikaden und der Euphorie nach der Befreiungsaktion von Bari, entstand das transnationale ‚Frassanito Network‘.

Netzwerkaktivismus, eingeschrieben in das Versprechen eines gemeinsamen ‚European Social Space‘ der Bewegungen, bildet den interventionistischen Punkt, der zugleich von unserem situierten Ausgangspunkt konkretisiert wird. Ein Ausgangspunkt, von dem aus wir in den vergangenen Jahren, häufig unabhängig voneinander, die gleichen Fragen gestellt haben und mit der These von der Autonomie der Migration unseren zornigen Abschluss mit der Metapher der ‚Festung Europa‘ als repressivem

Recht auf gleiche Rechte



Abschottungsapparat der europäischen Migrationspolitik zu entwickeln suchten. Jahrelang diente die ‚Festung Europa‘ MigrationsaktivistInnen nicht nur als sinnfällige Metapher für die europäische Politik der Abschottung gegenüber den Migrationen dieser Welt, sondern fungierte ebenso als Grundlage politischer Strategien. Diese Logik platzierte nicht nur das politische Geschehen an die territorialen Grenzen von Schengen-Europa, wo in den letzten Jahren eine Reihe von Grenzcampes stattfanden, es generierte überdies eine spezifische politische Matrix, in der der Akt des Grenzüberttritts selbst im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen steht, nicht aber die soziale, ökonomische und politische Existenz mehrerer Millionen MigrantInnen in Europa.

Anstatt Migration als Problem und MigrantInnen als Opfer zu konzipieren, geht es darum, Migrationen als soziale Bewegungen zu begreifen, ihre Autonomien und offensiven Momente zu betonen sowie die Verbindungslinien zu anderen sozialen Kämpfen hervorzuheben. So könnte es möglich werden, die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in Europa zu berücksichtigen und ein gemeinsames Vorgehen auf mehr als gute Absichten zu gründen. Auf der Ebene der

Mobilisierungen und des Aktivismus jedenfalls ist aus dem Gerücht ein Echo geworden: 2004 war zu einem ersten europaweiten Aktionstag mobilisiert worden. Der ‚2nd Day of Action‘ brachte am 2. April 2005 Noborder-AktivistInnen, migrantische Communities und Flüchtlingsorganisationen europaweit zusammen. Unter dem Motto ‚Freedom of Movement. Right to stay!‘ hatten von Ragusa bis Barcelona, von Maribor bis London, von Bahnsdorf bis Paris, in mehr als 100 Städten quer durch Europa migrationsaktivistische Initiativen zu kleineren und größeren Aktionen mobilisiert. In Athen beteiligten sich Tausende – vor allem MigrantInnen – an der Demonstration und schufen damit die besten Voraussetzungen für eine Intervention des Frassanito-Netzwerks beim nächsten Europäischen Sozialforum – im kommenden Frühjahr in Athen.

Europa der Migrationen

Die Schengener Grenzen, Europol und andere europäische Instanzen der Migrationskontrolle bieten zwar eine scheinbar uniforme Angriffsfläche, verdecken aber, dass in Europa eine Ungleichzeitigkeit der Migrationen existiert. Die neuen Einwanderungs- und Transitländer

des Südens unterscheiden sich von den im europäischen Kontext schon klassisch zu nennenden Ländern wie Deutschland, wiederum im Unterschied zu Britannien, wo die Arbeitsmigration in die Strukturen des Kolonialismus eingebettet und innerhalb dieser organisiert ist. Hieraus ergeben sich völlig unterschiedliche Konfliktlinien und Formen von Kämpfen um die Migration. In Ländern wie Griechenland sind ‚Lager‘ für MigrantInnen eher omnifunktionale Institutionen der Migrationskontrolle, die zum Alltag aller MigrantInnen gehören, während sie in Deutschland nur einen kleinen Ausschnitt dieses Alltags repräsentieren. In Frankreich gibt es Gruppen, die den Rassismus gegen MigrantInnen als postkoloniale Unterdrückung fassen, während AktivistInnen, sagen wir aus Skandinavien, diesen Zusammenhang nicht in den Vordergrund stellen würden. Die Forderung nach einer Legalisierung der Sans Papiers hat überall in Europa eine jeweils andere Geschichte. Mal ist sie Teil einer erfolgreichen Mobilisierung, mal nur eine administrative Aktion zur Erfassung der undokumentierten Arbeit. Schon diese wenigen Beispiele dokumentieren die Schwierigkeiten einer gemeinsamen europäischen Praxis für eine linke Politik im Feld Migration.

Und doch erzeugen tagtäglich Migrationen und ihre Kämpfe einen eigenen, anderen europäischen Raum, ein Europa der Migrationen. Frassanito steht für den Versuch, dieses Europa der Migrationen nicht nur zu interpretieren, sondern auch politisch zu artikulieren. Notwendigerweise ist dies mit einer Kartographie des politischen Raums in Europa verbunden: Es handelt sich um einen Akt der Wissensproduktion, der beides ist, ein epistemologischer Bruch und ein politischer Perspektivenwechsel, vereint in einer militanten Untersuchung der Migration in Europa. Militante Untersuchung heißt nicht nur, Partei für die MigrantInnen zu ergreifen, by any means necessary! Es geht darum, die Perspektive der Migration einzunehmen, weil sie eine Bewegung ist, die den aktuellen Zustand der Dinge (den Staat, Grenzen, Kulturen, die Sprachen und Subjektivierungsweisen) in Frage stellt. Man sollte dies nicht mit einer Romantisierung der konkreten Praktiken der Migration verwechseln. Diese sind nicht

selten korrupt und brutal. Aber im Schatten dieser Korruptionen realisieren Menschen Momente der Autonomie. Darauf fällt der Blick bei unserer Untersuchung der Migrationen, deren Bewegungen den nationalen Rahmen zersetzen. Deshalb auch lässt sich die Migration nicht wie üblich politisch repräsentieren oder in traditionellen Begriffen sozialer Kämpfe fassen. Hier deutet sich das Ende einer ganzen Epoche des Politischen an. Das Ende des national-sozialen Staates wie das Ende der raum-zeitlichen Matrizes der Repräsentation oder der linearen Entwicklung. Unsere Betonung liegt auf Migrationsbewegungen, weil Autonomien der Migration von den Konstitutionsbedingungen innerhalb des kapitalistischen Produktions- wie des gesellschaftlichen Herrschaftsprozesses ausgehen, nicht aber ein Subjekt zur Grundlage machen. Auf diese Weise ließe sich eine Verbindung zu den Debatten um Prekarisierung und um das tendenziell Paradigmatische der migrantischen Arbeit herstellen. Das Spezifische im Verhältnis zwischen Prekarisierung und Migration besteht in der Kontrolle des überschießenden Moments der Mobilität, ihrer Autonomie.

Frassanito goes EuroMayDay

Die verschiedenen Grade von Bürgerschaft in Europa beeinflussen die Arbeitsmarktpolitik, insofern sie differenzierte Formen von Ausbeutung ermöglichen. Gerade die Anbindung der Bürgerschaft an die Arbeit bzw. an eine Arbeitserlaubnis zeitigt weniger den Effekt einer Migrationssteuerung als den einer tendenziellen Illegalisierung der am meisten mobilen und mobilisierten Arbeitskräfte Europas. Die Bedingungen der Migration treffen sich mit Arrangements in der Prekarität, das heißt MigrantInnen ziehen zum Beispiel manchmal die Informalität des Arbeitsplatzes ‚Hausarbeit‘ dem Zuhause vor. Sie leben unter prekären Arbeitsbedingungen, bedienen sich dabei Tricks und nutzen Lücken in der Kontrolle der Migrationsbewegungen. Dort, wo die Leute ausgebeutet und damit subjektiviert werden, existieren auch Formen des Widerstehens, die Wege der Flucht aus der jeweils

konkreten Ausbeutung eröffnen.

Politische Diskurse, die letztlich auf eine Absicherung der in der Fabrik und in ihrem Staat erkämpften Errungenschaften zielen, führen in die Defensive. Soziale und politische Rechte können nicht mehr oder nicht nur dort gefordert werden, wo wir angegriffen werden – in der Familie, im Unternehmen, bei der Wohnungssuche, im Sweat Shop... –, sondern sie müssen in den kooperativen Zwischenformen, die schon vom Kapital angeeignet sind, enteignet werden. Gerade in prekären Zeiten entgrenzter Arbeit gilt es, die Unterwerfung unter den Zwang zur Arbeit zeitweilig auszusetzen. Wir stehen vor der Herausforderung, widerständige Momente innerhalb der gegenwärtigen Neuzusammensetzung der ‚lebendigen Arbeit‘ ausfindig zu machen. Es geht darum, Konfliktlinien in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen, ‚Zonen kontinuierlicher Intensität‘ zu lokalisieren und diese als Fluchtlinien eines Projektes zu bestimmen, das mobilisierend wirkt.

Diese Neuerfindung der Politik gilt es für den gesamten Raum der sozialen Bewegungen in Europa zu entfalten. Mit diesem Ansatz hat Frassanito an dem Prozess des EuroMayDay 2005 teilgenommen. Die Vielfalt der Perspektiven, der Netzwerke, der Orientierungen ist vielleicht geeignet, die Verhärtungen und Polarisierungen in den Debatten durcheinander zu bringen: Uns quält nicht mehr die Suche nach dem ‚zentralen Subjekt‘ der gesellschaftlichen Veränderung. Wir schlagen vielmehr vor, aus der Neuzusammensetzung der lebendigen Arbeit und der Migration in Europa in ihrer Gesamtheit und Unterschiedlichkeit heraus zu agieren. Wir brauchen dafür selbstbestimmte Kooperationen, die gegen das einzige vorgehen, was der Kapitalismus garantiert: Ausbeutung und das Unglück der Lohnarbeit, Unterdrückung und das rassistische Migrationsregime.

vgl. die Zeitung ‚Movements of Migration‘, die anlässlich des Europäischen Sozialforums 2004 in London produziert wurde (www.noborder.org/esf04/display.php?id=318).

Vina Yun & Radostina Patulova, IG Kultur: Modul 1: Fields of Transfer



Politische Handlung heute

3 Blicke (in) aus Oberösterreich

Eine kurze Einleitung

In einer Gesellschaft, in der die gegenseitige Solidarität zwischen gesellschaftlichen Gruppen nicht einmal mehr gehypt wird, rückt die Frage nach der politischen Mitbestimmung von Minderheitengruppen wie den MigrantInnen in den Blickpunkt. Wann also organisiert man sich selbst? Wenn man sich statt ständigen Rechtfertigungen dem Erreichen von Zielen widmen kann, die für ein normal-glückliches Leben hier in Österreich notwendig sind? Wie lassen sich so geschaffene Räume in einer Atmosphäre ausweiten, in der emanzipatorische und widerständige Handlungen von MigrantInnen unterdrückt werden, um den Status quo zu erhalten? Selbstorganisationen bringen einen Großteil ihrer Zeit und Kraft dafür auf, über das bloße Einfügen von MigrantInnen in das bestehende System hinauszugehen. Es gilt das politische (Selbst) Bewusstsein zu stärken, damit die Mitgestaltung gesellschaftlicher Realität durch MigrantInnen selbstverständlich wird und nachdrücklicher zu vernehmen ist. Die folgenden drei Beiträge zeigen in Auseinandersetzung mit diesen Fragen Ausschnitte aus den Visionen, Chancen und Spannungsfeldern von Selbstorganisationen.

maiz - als eine der Partnerorganisationen der Entwicklungspartnerschaft wip - hatte gemäß der intern getroffenen Vereinbarung einen bestimmten Raumanspruch in dieser Publikation. Wir entschieden uns, andere Selbstorganisationen aus Oberösterreich einzuladen, mit uns diesen Raum zu besetzen. Im ursprünglichen Konzept ging es um eine Diskussion zwischen AktivistInnen verschiedener Selbstorganisationen, die aufgezeichnet und anschließend in Form eines Artikels redaktionell bearbeitet werden sollte. Beim Voranschreiten der organisatorischen und konzeptionellen Vorbereitung dieser

Veranstaltung wurde uns jedoch immer klarer, dass die Idee großartig war, ihre Umsetzung aber die Rahmen unserer Zeitressourcen sprengen würde. Wir entschieden uns daher für E-Mail-Interviews. Der ursprünglich erstellte Gesprächsleitfaden wurde zu Fragen umformuliert und an die zwei kontaktierten Selbstorganisationen geschickt: Verein Amara und Black Community Linz.

Die *Kurdische Frauenvereinigung Oberösterreich Amara*, eine politisch-kulturelle Einrichtung, wurde vor fünf Jahren gegründet. Das Wort Amara bedeutet Stadt der Liebe, Friede und Brüderlichkeit. In der kurdischen Geschichte haben die Frauen in Amara immer zum Frieden für die Menschen in Kurdistan beigetragen, z.B. mit Assyrern, Persern, Arabern, Armeniern, Türken usw.

Black Community Linz ist eine Organisation für die schwarzen Menschen in der Diaspora und für die schwarzen BürgerInnen dieses Landes, die für ihre Interessen eintritt. Die Black Community versteht sich als eine Bewegung für Gerechtigkeit für alle, als eine Stimme für die Schwarzen Menschen.

Auch *maiz* - das autonome Zentrum von und für Migrantinnen - beantwortete die Fragen: in einem Prozess kollektiver Textproduktion stellten sich die Mitarbeiterinnen des Moduls *empica* der Herausforderung, einen Raptext zum Thema politische Handlung als Migrantinnen heute zu schreiben.

Folgende Fragen wurden an die Organisationen als Leitfaden für das Interview geschickt:

- Klärung des Begriffs ‚politische Handlung‘:
Erfahrungen und Perspektiven, was versteht ihr unter dem Begriff?

- In welchen Rahmen sind eure politischen Handlungen eingebettet?
- Welche Ziele werden bei eurer politischen Tätigkeit verfolgt?
- Wann ist Bildungs- und Sozialarbeit eine politische Handlung?
- Beschäftigt ihr euch als Selbstorganisation mit dem Begriffspaar Inklusion/Transformation?
- Selbstorganisation: zwischen Autonomie und Selbstverantwortung. Wo und wie erkennt ihr die Potenziale und Grenzen der Selbstorganisation?
- Politikverdrossenheit? Habt ihr Strategien zur Politisierung der Leute aus eurem Organisationsumfeld? Welche?

Beitrag von Amara

Amara versteht sich als eine politisch-kulturelle Einrichtung, die sich für Anliegen und Belange von kurdischen Frauen in OÖ einsetzt. Vor allem die Geschichte der Unterdrückung des kurdischen Volkes - und in diesem Zusammenhang die doppelte Benachteiligung von kurdischen Frauen aufgrund ihres Geschlechts und des sehr stark ausgeprägten patriarchalen Gesellschaftssystems - unterstreichen die Wichtigkeit der ‚politischen Handlung‘. Für die Tätigkeit des Vereins bedeutet das die Partizipation von kurdischen Frauen im gesellschaftspolitischen Sinne als Selbstbestimmung und Selbstgestaltung. Unser Leitsatz lautet: ‚Eine freie Gesellschaft zeigt sich darin, ob ihre Frauen frei sind!‘ Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass für ein ausgewogenes Demokratieverständnis nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter wichtig ist, sondern auch die Chancengleichheit bei der Startposition. Kurdische Migrantinnen bemühen sich, von beiden Seiten anerkannt zu werden. Die eine Seite ist die der sehr patriarchal angehauchten Welt der kurdischen Männer und auf der anderen Seite das klischeehafte Bild der Kurdin, die sich unterdrücken lässt, da sie es nicht gelernt hätte, auf ihrer Unabhängigkeit zu bestehen.

Gerade in Österreich ist das Ansprechen unumgänglich. Die neue Generation der Kurdsinnen sieht eine widersprüchliche Welt. Der Widerspruch lässt sich im ‚väterlichen‘ Haushalt und spätestens in der Schule sehen. Je früher der Umgang mit diesen Gegensätzen gelernt wird, desto wahrscheinlicher kann man besser mit der Situation umgehen.

Im Rahmen unserer Vereinstätigkeit ist das Arbeiten in Netzwerken ein sehr wichtiger Faktor. Amara bemüht sich bei Netzwerken mit klarer Zielsetzung mitzuwirken und mitzuarbeiten. Dies stärkt die Position des Vereins, aber auch das Potenzial des jeweiligen Netzwerkes. Natürlich ist das Netzwerk-Arbeiten nur ein Teil der Umsetzungsmöglichkeiten. Amara entwickelt auch Projekte und ist bemüht, in der herrschenden Förderungslandschaft einen Namen zu bekommen. Amara möchte als ein professionell arbeitender Verein anerkannt werden und somit eine Chancengleichheit bei der Vergabe von Geldern aus den Fördertöpfen erzielen. Nach dem Prinzip ‚die Stärkeren stärken‘ wurden bislang einige unserer eingereichten Projekte finanziell nicht unterstützt. Aber gerade Unterstützungen für noch nicht ganz etablierte Vereine sind wichtig. Nun haben wir den Sprung geschafft und uns das Know-how der Projektkonzipierung und Umsetzung angeeignet und sind bei vielen Ausschreibungen dabei. Da es für unseren Verein keine Basisfinanzierung gibt, müssen wir auf diesem Wege unsere Vereinstätigkeiten finanzieren.

Im Bereich der Sozial- und Bildungsarbeit ist die Frage der Nachhaltigkeit eine sehr zentrale. Langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Landschaft in Bezug auf MigrantInnen ist ein Schlüsselfaktor für eine gute transkulturelle Gesellschaft. Sozialarbeit ist eine eher individuell-konkrete Besserstellung einer einzigen Person oder Familie, wobei dann die größere Wirkung zur Besserstellung auf politischer Ebene dadurch verursacht wird, dass gerade individuell-konkrete Probleme generell-abstrakt angesprochen und Regelungen zur Gesamtänderung herbeigeführt werden. Amara macht beides. Wir sind bemüht, uns um die Sorgen und



Probleme unserer Mitglieder zu kümmern, wissen jedoch, dass eine langfristige Verbesserung nur durch politische Veränderung erzielt werden kann. Bildung ist ein weiterer Schlüsselfaktor für aktive Partizipationsarbeit. Chancengleichheit im Bereich der Bildung ist eine sehr zentrale Forderung, die vor allem der jüngeren Generation von ‚Eingeborenen ÖsterreicherInnen‘ zugute kommt. Dass das schlechte Abschneiden bei den PISA-Studien mit den MigrantInnen-Kindern in Verbindung gesetzt wird, ist ein sehr offensichtliches Verschleiern der tatsächlichen Bildungssituation in Österreich. Nach wie vor gilt nämlich: Wer das nötige Geld für Bildung hat, bekommt sie auch. Kinder aus den sozial benachteiligten Familien sind die wahren Verlierer dieses Bildungssystems, zu denen auch ein sehr großer Teil der MigrantInnenfamilien gehören. Wir sind uns dieser Problematik sehr bewusst und setzen gerade auf mehr Aufmerksamkeit der Eltern und auf mehr Förderung von SchülerInnen mit migrantischem Background. Bildung ist vor allem für die Eingliederung in die gesellschaftlichen Strukturen im Sinne von Inklusion sehr wesentlich. Es geht hier jedoch nicht nur um die Eingliederung in die Gesellschaft, sondern besonders auch um die Eingliederung in bestehende Institutionen, wie z.B. in die Gewerkschaft, Arbeiterkammer, politische Parteien und diverse NGOs, da die direkte Berührung mit ‚Integrationspolitik-MacherInnen‘ für die Qualität der

Integrationspolitik eine sehr große Rolle spielt. Es wäre zu blauäugig zu sagen, dass die Politik dadurch besser wird, da die Entscheidungsinstanzen bei dieser Fragestellung nicht nur aus MigrantInnen bestehen, die es verstanden haben, keine opportunistische Politik zu betreiben. Vielmehr geht es um Kontrollmechanismen und um eine aktiv/passive Beteiligung mit direkter Anknüpfung.

Ethnische Vereine sind, unter anderem auch Amara, in einem Prozess der ‚ideologischen Umorganisation‘. Die Entstehungsgründe der 1990er Jahre haben keine Legitimation mehr. Die inhaltlichen Schwerpunkte haben sich aufgrund der Veränderungen auf gesellschaftspolitischer und parteipolitischer Ebene sehr verändert. Auch die Bedürfnisse der in Österreich lebenden MigrantInnen haben sich verändert. Es geht nicht mehr darum, immer Stellung zu dem zu nehmen, was im Herkunftsland passiert, sondern vielmehr die Zukunft der nächsten Generationen in Österreich positiv zu verändern. Rund 40 Millionen MigrantInnen leben in Europa und es gibt noch kein zentrales Modell der transkulturellen Eingliederung und immer noch ein nebeneinander leben. Es wird immer noch von Toleranz gesprochen, obwohl sich keiner die Frage stellt, wer wen tolerieren soll... Hier setzen wir an und argumentieren nicht, warum wir hier sind, sondern argumentieren, warum wir hierher gehören.

Amara - Kurdische Frauenvereinigung Oberösterreich, Dinghoferstraße 54, 4020 Linz

Beitrag der Black Community Linz

Wir sind eine Bewegung für Gleiche Rechte und Gerechtigkeit für alle. Gleichbehandlung.
Eine Stimme für die schwarzen Menschen.

Wir sind eine Organisation für die schwarzen Menschen in der Diaspora und für die schwarzen Bürger dieses Landes und treten für ihre Belange ein.

Politische Handlung

Unter politischer Handlung verstehen wir jede Aktivität, die eine positive Veränderung verkrusteter Gesellschaftsstrukturen ermöglicht. Öffentlichkeitsarbeit, aktive Partizipation an gesellschaftspolitischen Prozessen, Diskussion über und Kritik an bestehenden repressiven Gesetzen, etc.

Die Black Community ist u.a. Mitglied der Plattform Zivilcourage - ein Zusammenschluss mehrerer NGOs. Eines der vorrangigen Ziele der Plattform ist das Aufzeigen von Menschenrechtsverletzungen, deren Bekämpfung und in weiterer Folge deren Verhinderung.

Ziele

Gesellschaftspolitische Gleichbehandlung.
Aktives Auftreten gegen und somit Veränderung diskriminierender und abwertender Geistesströmungen gegenüber Schwarzen.
Gleichstellung bei der Vergabe öffentlich geförderten Wohnraumes.
Aktives Eintreten für ‚Diversity Management‘ in der Wirtschaft.
Die Überprüfung der Antidiskriminierungsanlaufstelle OÖ auf ihre praktische Relevanz.
Sofortige Maßnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung der Exekutive, in Zusammenarbeit mit

den Betroffenen und NGOs.

Sensibilisierung der Institutionen Verwaltung, Exekutive, Justiz für systemimmanente rassistische Strukturen.

Ein verantwortungsvoller Umgang der Medien bezüglich der Berichterstattung über die schwarze Bevölkerung.

Mehr Bildung und Hintergrundinformation, sowohl für die schwarze Minderheit als auch für die weiße Mehrheits-Bevölkerung.

Sozialarbeit und Bildung

Sozialarbeit und Bildungsarbeit sind dann politische Handlungen, wenn bestehende Entwicklungen, hemmende Strukturen in Frage gestellt, Grenzen erweitert oder verändert und gesellschaftliche Visionen entworfen werden.

Inklusion

Inklusion im Sinne einer Eingliederung der Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft kann nur konstruktiv gestaltet werden bei gleichzeitiger Transformation der Mehrheitsgesellschaft in Kommunikation mit der Minderheit.

Politikverdrossenheit

Politikverdrossenheit bei MigrantInnen resultiert aus: Politik wird nicht mit, sondern über die Köpfe von MigrantInnen gemacht.

Politische Handlungsfreiheit ist generell sehr eingeschränkt.

Struktureller Rassismus auf vielen Ebenen verhindert politische Partizipation bzw. erzeugt ein Klima von Angst und Unsicherheit unter MigrantInnen.

Ausgeprägte Sorge um lebenswichtige Grundbedürfnisse lässt kaum Raum für politisches Handeln.

Ikechukwu Okafor, Black Community, Linz/OÖ

Beitrag von maiz

Die Schwierigkeiten, mit denen wir uns beim Verfassen dieses Textes konfrontiert haben, waren enorm, denn der Wortschatz, der mit diesem Themenkomplex assoziiert bzw. zugeordnet ist, lässt sich sehr, sehr schwer in eine kreative, unkonventionelle und fleischliche Form hinein biegen... Durch diese schreibende Erfahrung ist uns allen in einem ungewöhnlichen Maße deutlich geworden, dass die Sprache, in der wir uns bewegen, starr, hart und hauptsächlich von Begriffen gefüllt ist, die größtenteils abgenutzt sind. Begriffe, die wegen einer allgemein akzeptierten Selbstverständlichkeit ihrer Anwendung nicht hinterfragt werden. Begriffe, die sich als hässliche Jargons und vor allem als Ausgrenzungsinstrumente entpuppten: Wer sie nicht beherrscht, bleibt draußen, kann Diskurse nicht mitgestalten, hat keinen Zugang zu den Kreisen der selbsternannten politischen AkteurInnen... Und da sahen wir uns im Spiegel unserer Sprache und erschauerten. Wir fragten uns, welche Implikationen diese Erkenntnisse auf den Akt der Selbstdefinition als Organisation von Migrantinnen haben können, welche Auswirkung sie auf unsere Praxis haben sollten... Denn in welchem Verhältnis steht der Begriff Selbstbestimmung zur Realität des Spermas weißer Männer, die Migrantinnen in der Vagina zu tragen? In welchem Verhältnis, bitte?! In welchem Verhältnis steht die Parole um Veränderungspraxis zu der Freude über jeden Scheißjob, den frau überhaupt bekommt? Welche Abstände befinden sich zwischen der Sprache der als politisch geltenden Forderungen und Positionen und der Realität der Frauen, mit denen wir im Rahmen von Deutschkursen, Beratungen, Kulturprojekten, Aktionen usw. „zusammenarbeiten“? Wo liegt das Fleisch unserer Forderungen und Positionen, mussten wir uns schließlich fragen. Nichtsdestotrotz versuchten wir es. Vielleicht gerade deswegen versuchten wir, einen Text zu verfassen, der irritierend wirken sollte, ein Text, der aus einem Zustand der Entfremdung gegenüber dem eingefleischten Sprachgebrauch entstanden ist und der

letztendlich diesen Zustand in den LeserInnen als Möglichkeit einer Reflexion erwecken will. Ein Text, dem keine zufriedenstellende sprachliche Lösung gelungen ist, aber der einen Versuch eines anderen Umgangs mit der Sprache unserer Handlungen widerspiegeln will.

Politische Handlung?

Konfrontation - Meinungen und Kritik

Öffentlichkeit - Repräsentationspolitik!

Dialog - Allianzen kollektiver Kampf

Veränderungspraxis - Verhandlung, nicht verkrampft!

Sichtbar machen - Bewusstsein - Alternativen

politische Bildung - Lobbying - Perspektiven!

Interventionen im sub/öffentlichen Raum:

Straßentheater - Aktionen

Kunst - Demos - Nutzung von Ressourcen durch mehrere Personen!

Bündnisse - Verhandlungen in welche Richtung?

Lust an Differenzen - Selbstbestimmung!

Diskurs - Protest, unser Recht.

Humor und Respekt!

Gleiche Privilegien für alle!

Nieder mit der Nationale!

Rahmen der politischen Handlungen?

Natürlich in casa maiz, der Biss - politischer Imbiss.

Plattformen, Aktionsgruppen, politische Organisationen,

von Interessensvertretung bis Soloaktionen.

Selbstorganisation von Migrantinnen - künstlerisches Kollektiv

in autonomen Zusammenhängen - feministisch aktiv.

Einmischen in die Medienlandschaft,

Nieder mit der Schubhaft!

Ziele!

Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung -

Politische Bildung - für Migrantinnen Arbeit und

Qualifizierung!

Unterstützung auf allen Ebenen - Infragestellen der Normen - Veränderung gesellschaftlicher Organisationsformen!

Mitbestimmung - Selbstbestimmung - Partizipation

Zugang zu Ressourcen - Reaktion und Antizipation!

Selbstbewusstsein - Reflexion - gegenseitige

Unterstützung - Konfrontation!

Einfluss auf öffentliche Meinungsbildung -

Wenn nötig im Dialog mit der Mehrheitsbevölkerung!

Abschaffung der Fremdengesetzgebung!

Gleiche Rechte für alle!

Und Grundeinkommen: es gibt keine Illegale!

Bildungs- und Sozialarbeit als politische Handlung?

Statt Eingliederung in vorgegebene Positionen

Veränderung der Strukturen: Transformationen!

Unser Wissen als MigrantInnen einbringen

Kritik! ins Monopol von Kompetenzen eindringen!

Sozialarbeit ohne politische Bildung

Ist Verwaltung von Ausschluss,

Steuerung und keine Verhinderung!

Eingliederung hinterfragen: ein Muss!

Die Integration in die Gesellschaft ist gebunden

an ständiges updaten von Wissensressourcen.

Kontrolle, Überwachung und Oppression - fragt sich niemand, was das soll?

Nieder mit dem staatlichen Monopol

von Anerkennung der Qualifikation

und den Kriterien für Zugang und Selektion!

Nieder mit der Fremdbestimmung,

bei Sozialleistungen: keine Diskriminierung!

Inklusion/Transformation?

Konfrontation – gleicher Zugang – nicht euren Rest!

Aktion – Intervention – wenn notwendig Inklusion, das Ziel ist Transformation.

Wir brauchen keine Akzeptanz, keine Integration - das sind Lügen!

Respekt und selbstbestimmtes Leben, statt uns einzufügen!

Potenziale und Grenzen der Selbstorganisation?

Nein zur Zerstörung unserer Rechte und sozialer Errungenschaften,

Alternativen zu den vom Staat kontrollierten Räumen schaffen!

Mobilisierung, Boykott!

Die Grenzen von Selbstorganisationen - in unseren Augen Dornen:

Mitentscheidung bei den Organisationsformen!

Der Staat muss soziale Verantwortungen übernehmen, kann's denn immer nur ums Geld gehen?

Stärkung der Einzelnen durch das Kollektiv,

Offenheit, nicht immer die Gleichen ,unter sich'!

Gruppenregeln und Traditionen reflektieren,

durch kollektive Handlung Gruppen aktivieren!

Politikverdrossenheit?

Nicht nur unter MigrantInnen - allgemeines

Phänomen - Selbstverantwortung - Aktivierung - Ich-Agen!

Möglicher Grund - nicht zu glauben: Resignation - Veränderungen möglich - aber fehlende Motivation!

MigrantInnen: kein Wahlrecht - politische

Partizipation formell nicht gleich Informationskonsum in passiver Haltung - meinungsbleich!

Teilhaben ist passive - Teilnehmen aktive Partizipation viele Medien - breite Öffentlichkeit - Internet fördert Interaktion, Entscheidungsfindungen per Mail -

Verlagerung ins Private.

Braucht Politisierung physische Debatte?

Blick zurück ist Nostalgie - Interessensverbände - für MigrantInnen bisher nie!

Befriedung des kollektiven Gewissens durch die Zivilgesellschaft?

Und trotzdem weiterhin die Praxis der Schubhaft?!

Atomisierte Subjekte - Militante Exekutive

Spielräume sind eine Frage der Perspektive!

Politische Organisation,

Nieder mit der Integration!

Marissa Lobo, Ariane Sadjed, Marion Stöger, Rubia Salgado (Gesamt-koordination), maiz. Modul 2, EMPICA Empowerment through improvement of counsellors activities

SelbstOrganisation von Frauen ist Bedingung.

Ein feministisches Plädoyer in eigenen und anderen Stimmen*

„Die Situation der Frau im Augenblick? - voller Knoten, scheint mir... Spätestens seit '85 gibt es eine massenhafte Professionalisierung von Frauen. ... Gesetze für Frauen...die für Autonomie plädieren, aber auf Papa Staat angewiesen waren, demgegenüber Frauen nur scheinbar Gesetzesgeberinnen, tatsächlich Gesetzesnehmerinnen sind. Ein Paradox, was sich in der Folge bei jedem weiteren Gesetzesentwurf wiederholt. ...politischer Einsatz von Frauen ist unverzichtbar, und kein Gesetz kann sich dem entziehen, dass es der Ordnung der Repräsentation angehört, die für jede professionelle Politik verantwortlich ist. ...Trotzdem ist diese Anerkennung an männlichen Parametern orientiert. Wert gegen Unwert. ... (Aber wie) sich selbst einen Wert geben, der kein Selbstverbot impliziert? ... Anfall, Fall und Falle - eine feste Dramaturgie ...die letztlich auf ein weibliches Selbstverbot stößt, wo wir uns radikal selbst entzogen sind. Ich denke nicht, dass dies ebenso für Männer zutrifft - diese Verzweiflung, dieses Verlassensein. Denn der Mann konnte sich auf die Mutter-Institution als Herberge und Verberge verlassen. Die Frau nicht. Die Frau nicht, weil - sie sollte ja diese Herberge sein, konnte sich also bestenfalls in sich selbst verbergen. Abriegeln. Selbstausschluss, der einschließt, dass andere den Schlüssel zu ihr haben. Sich Zugang verschaffen, Platz. Sie besetzten bis zur Besessenheit. Sich selbst Platz einräumen? - Schwierig. Wir räumen uns weg, schaffen uns ab. ... Keine passiven Objekte mehr, nein wir sind aktiv. ... Das Pendant dazu ist dann die Regression samt Selbstthematisierung und therapeutischer Rekonstruktion. Gegen die geschichtlichen Fußangeln wird nicht mehr revoltiert - stolpern kann sich niemand mehr leisten. Sie werden einfach der Progression angepasst. Dem ‚Fortschritt.‘ (1)

Von Verknotungen des Sozialen und des Politischen ist also immer noch und immer wieder zu sprechen, denkt

man an die Geschlechterverhältnisse als nicht bloß private, privatisierte. In diesen mag sich wenig verändert haben, aber auf Seiten des öffentlichen Bereichs, der Partizipation an/in den allgemeinen Institutionen und politischen Organisationen sind Frauen weiterhin quantitativ ausgeschlossen. Männer und Frauen können bislang nicht gemeinsam öffentlich/es (ver-)handeln. Andererseits funktioniert zunehmend - und quasi diametral zur Ungleichheit - eine totalisierende Gleichmacherei. Und zwar am Parameter vom männlich determinierten ökonomischen, technischen, medialen und universell gültig gewordenen System. Die Globalisierung nur einer Teilwirklichkeit, nämlich der westlich-weißen-kapitalistischen, kassiert sämtliche Identitäten und herkömmliche Identifikationen. Es scheint nichts mehr möglich zu sein, weil alles möglich ist - um den Preis des Verlustes des Politischen, denn es gilt nur das in der Welt, das ein Preisschild hat. Die dadurch evozierte Gleich-Gültigkeit bedingt den Rückzug ins Private, der noch dadurch prolongiert wird, dass ja scheinbar alles - also auch das Persönliche - medial(isiert) als öffentlich er-scheint. Diese Gegenwartsbeschreibung betrifft Frauenpolitik und das feministisch Politische mehrfach dilemmatisch, denn in einer ‚halbierten Moderne‘ hat/te Geschlechterdemokratie bestenfalls das Wort, aber nicht die Tat und war geschlechtsmetaphysisch immer schon infiltriert durch die Saga, dass ‚die Weiblichkeit der Feind im Inneren der Gesellschaft und mit Frauen kein Staat zu machen sei‘ (Hegel).

Androzentrismus

Wir leben in einer männlich dominierten Welt, die man als homosozial strukturiert betrachten muss. Was nichts anderes bedeutet, als dass Männer die Subjekt-position einnehmen und sich als solche einzig/artig wahrnehmen und anerkennen. Frauen fungieren darin

bloß als Scharnier, bzw. Tauschobjekt zwischen Männern und Männergruppen. Diese gesellschaftliche und kulturelle Ordnung basiert fundamental auf einer latenten männlichen Homosexualität (hier der psychoanalytischen Einsicht gemäß, dass uns zu 9/10teln das Unbe/ge/wusste motiviert). Organisationen und Institutionen sind homophil und heterophob strukturiert, sie schließen Frauen aus und Weiblichkeit/Mütterlichkeit ein.

Das Allgemeine, also das, was Öffentlichkeit strukturiert und Vormacht im öffentlichen Raum hat, gehört dem einen Teil der Menschheit, der sich als das Ganze wähnt und somit immer Mannsein mit Menschsein verwechselt hat.

Dieses Subjekt ist Norm und hat sich herrschaftlich die Welt kolonialisierend unterworfen. Unterwerfung als Angleichung. Das Fremde sich anpassen, damit es nicht mehr anders bleibt. Logik der Identität, Parabel der Identifikation, Dynamik der Gleichen (unter Gleichen). Und Frauen waren ja immer Fremde im 'eigenen' System und sie bilden das dieses reproduzierende Fundament.

"Das heißt, obwohl die Frauen gegen ihre jahrhundertlange Platzierung als 'zweites Geschlecht', das nichts hervorbringt ...revoltierten, ist Simone de Beauvoirs Formel, dass die Frau bestimmt und unterschieden wird mit Bezug auf den Mann, er aber nicht mit Bezug auf sie, soweit er Subjekt, sie Objekt ist, noch immer nicht außer Kraft gesetzt. Zwar ist die symbolische Ordnung des 'abendländischen Denkens' ...transparent geworden. Doch, dass die materielle Gewalt dieser symbolischen Ordnung damit aufgehoben sei, davon kann keine Rede sein." (2)

Nur wenn Frauen aller Herkünfte sich selbst organisieren, können sie eigene Maßstäbe setzen, d.h. die androzentrischen Werthierarchien umstürzen. Denn die Organisationsform bestimmt die (zu organisierenden) Inhalte.

„Zu einer wirkungsvollen Verschiebung ...kann es ...kommen, wenn frau sich nicht mehr am männlichen Maßstab orientiert, sondern die realen Frauen, deren

Erfahrungen und Wahrnehmungen zum Ausgangspunkt und zur Grundlage ihres eigenen Wertsystems werden. Was eine Frau ist bestimmt sich aus der Beziehung der einen Frau zur anderen. ...Diese Verschiebung ist ...Resultat eines komplexen und irritierenden Prozesses ...der auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Beziehungen zwischen Frauen baut. Er ist Experiment und zugleich in jeder alltäglichen Handlung zu konkretisieren.“ (3)

Warnung

Die Freiheit zum Handeln wird heute zum Zwang zur Produktivität unter den Schlagworten ‚Selbstbestimmung, Verantwortung und Wahlfreiheit‘. Es bedarf gar nicht mehr der Ein- und Beschränkung von Gestaltungsspielräumen, wenn ‚mittels individueller ‚Selbstverwirklichung‘ eine ‚autonome‘ Subjektivität als gesellschaftliches Leitbild durchgesetzt wird, das die eingeklagte Selbstverantwortung in der Ausrichtung des eigenen Lebens an betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen“ misst. (4)

Massiv wirkt sich dieses Menschenbild auf die Geschlechterfrage aus. Wo strukturelle Überlegenheiten und Unterlegenheiten negiert und eine ins und aufs Individuum verlegte Zuständigkeit regiert, da scheint auch die Geschlechterproblematik als solche keine mehr zu sein und feministische Optionen werden in individuelle Flexibilitäten umformuliert (wie alle Forderungen sozialer und politischer Bewegungen in individuelle Leistungsmaximen wegcodiert werden). Feministische Diskurse über Selbstbestimmung, Selbstwert und Selbstorganisation sind in herrschaftsförmige Modelle der Subjektivierung uminterpretiert worden. Der Begriff der Autonomie wird verfälscht zu einem puren Selbstbezug im Unterschied zu einem kollektiven Begriff von weiblicher Autonomie.

Diese Individualitätsnorm zeigt sich vor allem im Glauben an die nahezu unbegrenzte Fähigkeit des Einzelnen, sein Leben nach eigenem Entwurf zu gestalten. (Das ist der ‚Fleisch‘ gewordene Konstruktivismus.)

‚Wir alle wissen, dass es keine objektive Wirklichkeit gibt. Vielmehr sieht jeder die Dinge und Ereignisse durch seine subjektive Brille und interpretiert sie seinen Denkmustern entsprechend. ...Man muss nur die richtige Brille aufsetzen und schon wachsen die Kräfte.‘ (5)

Das ist überhaupt d e r Tipp für migrantische Frauen, alleinerziehende Mütter und alle diejenigen, die die falsche Optik/erin haben! Diese Auto/Suggestion scheint Berge nicht nur zu versetzen, sondern auch zu versprechen. Jede/r ist sich selbst die/der Nächste, an die/den sie/er sich verkauft. ‚Das totgesagte Subjekt der abendländischen Philosophie, es lebt fort – als Trademark.‘ (6) Begriffe wie Entfremdung, Kritik, Solidarität, Ausbeutung, Unterdrückung, Unterschiede, Opfer etc. – sie alle sind der Vorstellung eines selbstbestimmten

Agierens durch permanente Selbstverbesserung, wo Sein und Repräsentation identisch geworden sind, gewichen.

Wir müssen in unserem Tun aufpassen, die Seite/n nicht zu ver/wechseln!

Birge Krondorfer, Frauenbetz. Gesamtkoordination: Coaching der Selbstevaluationen/Gendermainstreambeauftragte

- (1) Gerburg Treusch-Dieter: Autonomie auf der Überholspur, in: Autonomie in Bewegung. 6. öst. Frauensommeruniversität, S. 246ff
- (2) Diess.: Frei vom Körper, jenseits der Geschlechterdifferenz – den Knoten des Sozialen lösen, in: Am Ende vorbei. Hg. R. Maresch, S. 286f
- (3) Filli, Günter, Jochimsen, Knobloch, Praetorius, Schmuckli, Vock: Weibervirtschaft. Frauen-Ökonomie-Ethik, S.18, 1994
- (4) Foucault, übersetzt von T. Lemke, in: Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung, in: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Hg.: U. Bröckling et al, Ff/M. 2000 S.30
- (5) in: Bröckling ebd. S. 158
- (6) ebd.

*Leicht verändert aus Artikeln, die in den feministischen Zeitschriften AUF und AEP veröffentlicht worden sind.



Partizipation, Selbstorganisation und politisches Handeln.

„[...] weil sich nur ärgern, das bringt nichts, man muss sich aktiv einmischen.“

Selbst zu Wort zu kommen und sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen ist für Menschen im Allgemeinen und für Migrantinnen im Besonderen eine grundsätzliche Voraussetzung für eine – im demokratischen Sinn – aktive Teilnahme am sozialen und gesellschaftspolitischen Geschehen in ihren Lebenswelten. Im Gespräch mit Frau Ramani werden einige der Schwierigkeiten und Bedürfnisse von in Graz lebenden Migrantinnen sichtbar, aber auch der Wille, sich mit ihren eigenen Ressourcen und Kompetenzen einzusetzen, um ihre Situation bzw. jene ‚neuer Ankömmlinge‘ zu erleichtern und zu verbessern. Das Gelingen ihres Vorhabens hängt jedoch nicht allein von ihrem Engagement und ihren individuellen Entscheidungen ab, sondern von den widrigen und/oder unzureichenden strukturellen Rahmenbedingungen, die ihre gesellschaftspolitische Arbeit erschweren.

Du gehörst zu einer Migrantinnengruppe, die sich vor einem Jahr als Migrantinnen-Selbstorganisation in Graz konstituiert hat, und euer Verein heißt FFF. Was bedeutet FFF?

Ramani: FFF heißt Frauen für Frauen, das haben wir damals als Arbeitstitel genommen und wir suchen immer noch einen besseren Namen für den Verein. Wir haben uns getroffen bei einem Ausbildungskurs zum Thema Integrationsassistentin, weil wir alle daran interessiert waren, Migrantinnen zu helfen und nach diesem Kurs haben wir bei einem Selbstorganisierungsseminar mitgemacht und dann haben wir gedacht, vielleicht können wir selber etwas anfangen. Und so ist es gekommen, dass diese verschiedenen Leute eine Gruppe gebildet haben.

Wer sind die Frauen, die dabei sind?

L. kommt aus Bulgarien. Sie hat schon vorher viel

gemacht, sie war im Ausländerbeirat und hat uns zu diesem Selbstorganisierungsseminar eingeladen. Also, sie hat die Frauen dafür rekrutiert. Da haben wir M. getroffen und B., sie ist Amerikanerin, und sie und ich haben uns von früher her gekannt, von einer englisch-sprechenden Frauengruppe. Dann gibt es noch zwei Frauen aus Sri Lanka, A., die auch überall sehr engagiert ist, und T. Und dann gibt es auch noch G. und mich. Das ist unsere Gruppe momentan, wir sind sieben Frauen. Wir kommen aus den verschiedensten Ländern, mit unterschiedlichem Hintergrund und auch Interessen. Ich glaube, dass G. in Schulen gearbeitet hat mit fremdsprachigen Kindern und Müttern, das macht M. auch, sie ist aus dem Iran und gibt Muttersprachenunterricht in Persisch. Und A. arbeitet in einem Equal-Projekt beim Verein Isop.

Was waren die eigentlichen Gründe, euch selbst zu organisieren? Was war für euch wichtig oder notwendig?

Jede hat einen anderen Grund gehabt, irgendwie aber allen gemeinsam war, dass wir den neuen Migrantinnen helfen wollten und manche wollten sich auch selber eine Arbeitsmöglichkeit schaffen. Ich persönlich habe auch gedacht, für mich war es vielleicht leichter, als ich nach Österreich kam, weil mein Mann Österreicher ist und wir Freunde hatten, und für mich war diese Integration dadurch erleichtert. Da habe ich gedacht, ich möchte denen, die es schwerer haben auch helfen, weil es mir besser gegangen ist und weil man hört und sieht, wie schwierig das ist, dass man aufgenommen wird und Anschluss findet zu den Österreichern. Man ist in seiner kleiner Gruppe irgendwo und manche Leute haben überhaupt keinen Kontakt zu den Österreichern und da haben wir gedacht, vielleicht können wir was machen, dass sie sich hier leichter integrieren und lernen, wie das hier ist, zum Beispiel mit dem Schulsystem oder mit dem sozialen Leben.

Die Idee war also, anderen Frauen, die nach Österreich kommen, den neuen Ankömmlingen sozusagen, zu helfen. Das heißt, dass euer Ziel im Verein mit Helfen verbunden ist. Du hast früher zum Beispiel die Kinder in der Schule erwähnt. Gibt es andere Aspekte, die für euch wichtig sind?

Ich sehe auch die Wichtigkeit der kulturellen Übersetzung, dass man den Migrantinnen und Österreicherinnen dabei hilft, beide Seiten zu verstehen, dass man die Unterschiede sichtbar macht und wie man damit umgeht und auch die vielen praktischen Sachen im Alltag. Wie das ist, wenn man die Kinder in der Schule anmeldet und was man machen muss.

Das heißt, ihr wollt eure Erfahrungen nutzen und weitergeben.

Ja, wir wissen schon, wie das am Anfang war, welche Probleme wir gehabt haben und wie wir das leichter machen können mit neuen Ankömmlingen; wir sagen ihnen, worauf man aufpassen muss, was alles gebraucht wird bei den Behörden, damit sie unsere Fehler nicht wiederholen.

Vorhin hast du erwähnt, dass ihr auch für euch selbst Arbeitsplätze schaffen wollt. Wie meinst du das und warum ist es für euch wichtig?

Es ist sehr schwer, als Migrantin Arbeit zu finden. Als ich nach Graz kam, war es unmöglich, Arbeit zu finden, wenn man nicht perfekt Deutsch spricht und schreibt, jetzt ist es vielleicht leichter, aber damals war es unmöglich. Jetzt ist auch schwierig, dass die Qualifikationen, die man hat, anerkannt werden, und wegen der Sprache hat man immer noch Schwierigkeiten, so dass man automatisch als ein bisschen dumm eingestuft wird, und deswegen haben wir gedacht, wenn man sich selber eine Nische schaffen kann, ist es leichter.

Und das ist euch gelungen?

Es ist teilweise gelungen. In unserem Verein ist es so, dass L. und M. jetzt teilzeitbeschäftigt sind und sie

kriegen Geld für die Arbeit, die sie machen. Die anderen machen die Arbeit mehr oder weniger freiwillig. Jetzt arbeitet unser Verein an einem Projekt und den Großteil der Arbeit machen L. und M. und sie sind dafür bezahlt.

Welches Projekt ist das?

Das ist ‚Frühförderung für Kinder‘, und sie haben das so ausgearbeitet, dass sie zu Migrantinnen gehen, weil sie meinen, die Kinder müssen Deutsch lernen und dies geschieht am besten durch die Mutter, so dass man die Mutter auch in dieses Deutschlernen integriert und dass sie mitlernt. Ihre Idee ist, dass man zu der Familie einmal in der Woche hingehet mit Arbeitsmaterial für die Kinder und auch der Mutter erklärt, wie man das macht mit kleinen Lerneinheiten. Das haben sie in diesem Jahr ausgearbeitet und geplant und jetzt suchen sie wieder um Finanzierung an für die Durchführung.

Bisher war also die Planungsarbeit und die Kontaktaufnahme mit den Familien.

Die Familien werden ihnen vom Ausländerbeirat vermittelt und bisher war die Kontaktaufnahme mit verschiedenen Familien und die Planung.

Und wer finanziert das Projekt?

Bis jetzt haben sie Geld vom Land Steiermark bekommen und von verschiedenen Organisationen, und jetzt hoffen sie auch von der Abteilung für Soziales. Aber L. hat gesagt, es ist sehr schwierig, weil seit Februar sagen sie, dass sie was kriegen und bis jetzt warten sie noch. (Lachen)

Mit welchen Strategien wollt ihr eure Ziele erreichen?

Die Vernetzung mit anderen MigrantInnen-Vereinen und Organisationen ist uns wichtig, da könnten wir mehr erreichen und die Ressourcen von verschiedenen Gruppen nutzen und zusammenarbeiten.

Und gelingt euch die Vernetzung?

Ein bisschen. Für das jetzige Projekt haben wir uns mit anderen Kinderorganisationen vernetzt. Wir haben auch versucht, mit dieser afrikanischen Organisation in Wien Kontakt aufzunehmen. Die war damals bei der Antirassistischen Konferenz* dabei, wo auch A. war. Ich habe mit ihr darüber geredet, aber es hat sich nichts ergeben, sie haben vielleicht bisher zu wenig Zeit gehabt. Aber man muss immer wieder Kontakte knüpfen und hoffen, dass man etwas zustande bringen kann.

Was ist euer Interesse daran, ausschließlich mit Frauen zu arbeiten?

Unser Verein heißt Frauen für Frauen. Die Frauen haben es höchstwahrscheinlich schwerer als die Männer und die Solidarität mit Frauen war unsere ursprüngliche Idee. Normalerweise hat jede Frau ihre Familie, ihre Schwestern und Freundinnen, eigentlich eine Gruppe, wo die Frau mehr Hilfe bekommt als vom Mann oder so. Und wir haben uns gedacht, wenn man in ein fremdes Land kommt, dann hat man das alles verloren, steht man allein da, d.h. frau steht allein da. Deswegen wollten wir diese ‚support-Gruppe‘ ersetzen. Wenn die Migrantinnen Fragen haben oder auch wenn sie nur reden wollen, sind wir für sie da.

Ihr wollt bewusst an diesem Prozess teilnehmen und Frauen unterstützen. Kann man das als Partizipation verstehen?

Ja, weil wir das aktiv beeinflussen wollen. Man sieht, es kommen immer mehr Migrantinnen nach Graz und da wollen wir aktiv was tun und helfen. Vor ein paar Jahren war eine sehr negative Welle gegenüber Ausländern und es geht darum, zu zeigen, dass nicht alle so fremdenfeindlich denken, dass man die Menschen freundlich empfangen kann.

Also auch im Sinne von antirassistischer Arbeit?

Also ich habe diese ganze Integrationsassistentz

Ausbildung gemacht, weil ich so schockiert war, dass Leute solche rassistischen Gefühle hatten, und beim Zeitunglesen habe ich mich immer geärgert und ich habe gedacht, da muss man selber was machen und sich nicht einfach ärgern und so habe ich persönlich angefangen, weil nur sich ärgern, das bringt nichts, man muss sich aktiv einmischen.

Aus deiner Sicht hat Partizipation eine gesellschaftspolitische Bedeutung?

Wenn jede in einem kleinen Bereich anfängt, da kann man die Stimmung ein bisschen ändern, glaube ich, diese fremdenfeindliche Stimmung. Wenn man auch einfach nur jedes Mal eine Österreicherin mit einer neuen Österreicherin zusammenführt und wo sie sehen ‚aha die sind auch nur normale Menschen‘ und vielleicht kann ich was lernen von der anderen Seite. Es ist auch ein kleiner Schritt, weil ich finde, die Leute haben ein bisschen Angst, diese Berührungsangst, und dann kommt nichts zustande. Und wenn man sich zusammenfinden kann, dann geht auch was in Richtung Integration.

Du meinst also Vorurteile und Ängste abbauen?

Es ist immer so, wenn man einzelne Leute kennen lernt, da geht es ganz leicht, aber es ist in der Masse, dass sie Angst haben, wenn sie in der Straßenbahn eine fremde Sprache hören, dann fangen sie an Panik zu bekommen: ‚Oh, jetzt hört man kein Deutsch mehr!‘ Aber wenn zwei Frauen da sitzen und miteinander reden, dann sehen sie, es ist nicht so schlimm. Das haben wir noch nicht erreicht, es war auch eine Projektidee, dass wir monatliche Treffen organisieren, wo alle zusammenkommen können und einfach miteinander reden, jedes Mal zu einem anderen Schwerpunkt. Da habe ich gedacht, das könnte auch helfen, die Ängste abzubauen von beiden Seiten, weil es sind auch sehr viele, die sind manchmal auch nicht sehr freundlich, weil sie haben Angst - nehme ich an -, dass sie nicht freundlich aufgenommen werden und sind deshalb so zurückhaltend und da braucht man nur eine freundliche

Umgebung schaffen und Treffen organisieren.

Habt ihr in dieser Richtung schon Versuche gemacht?

Ja, aber das haben wir noch nicht umgesetzt. Es ist auch eine finanzielle Frage, für das Projekt haben wir noch keine finanzielle Hilfe kriegen können. Das Projekt mit der Frühförderung von Kindern ist besser aufgenommen worden und wir haben gedacht, wenn das Projekt fertig ist, vielleicht ist es leichter, das nächste zu kriegen, weil dann kennen sie den Verein schon. Also wir haben den Plan nicht aufgegeben.

Es gibt unterschiedliche Migrantinnen-Organisationen mit verschiedenen Schwerpunkten und du hast sicher Kontakt mit diesen Frauen. Was würdest du dir ganz konkret für Migrantinnen- Selbstorganisationen in Graz wünschen?

Also es gibt u.a. einen Punkt, denke ich, wo es um professionelle Hilfe geht, damit sie selbst ihre eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen verbessern können. Ausbildungskurse oder Seminare, wenn es Angebote gäbe, dann würden die Frauen das sehr gerne machen, so in Richtung Projektmanagement und solche Sachen, das muss man alles lernen, weil wenn man keine Erfahrungen hat, ist das sehr schwer.

Im Grunde genommen werden nur Sprachkurse angeboten.

Und wenn man dann Deutsch gelernt hat und in einem Verein arbeiten will, braucht man Projektmanagementwissen und auch Mediation und solche Sachen, weil man muss wissen, wie man in einer Gruppe arbeitet, und das wäre auch sehr hilfreich. Es gibt viele Projekte, wo ich gehört habe, dass die Leute sehr viele und gute Ideen haben, aber sie können sie nicht umsetzen, weil sie nicht wissen, wie das genau geht. Also ich habe ein Projektmanagementseminar gemacht und da sieht man, wie man u.a. auch die Zeit planen muss und das wissen die meisten nicht. Sie sagen zum Beispiel, okay, wir werden ein Fest organisieren und warten bis zum letzten Tag und wissen nicht, dass sie der Presse zwei Wochen vorher eine Aussendung schicken müs-

sen. Oder ein Essen organisieren, das muss man auch schon vorher ankündigen und die Leute einteilen, wer einkaufen geht und wer was kocht, alles muss irgendwie im Zeitplan festgehalten sein, also muss man wissen, wie man das professionell macht. Und dann, wenn das nicht geht, verlieren die Leute auch das Interesse und den Enthusiasmus, weil sie glauben, das können wir nicht tun.

An wen kann man sich wenden für solche Kurse? Beim Ausländerbeirat oder wo sonst?

Ich denke mir, der Ausländerbeirat ist für solchen Sachen da und auch die Stadt Graz. Ich meine, der Magistrat sollte sich auch damit beschäftigen, weil wir MigrantInnen sind eine große Gruppe und die Stadt müsste auch was machen im eigenen Interesse, oder auch das Arbeitsmarktservice.

Hast du auch andere Wünsche oder Vorstellungen in diese Richtung?

Die politische Bildung ist wichtig. Wenn man auf kommunaler Ebene wählen darf, da haben manche MigrantInnen Schwierigkeiten, weil sie das Wahlsystem nicht kennen oder manche haben vorher nie gewählt und dann wissen sie nicht, wie mit den Wahlzetteln umzugehen ist. Ich habe auch am Anfang vor der Kommunalwahl mit den vielen Zetteln mit so vielen Namen Schwierigkeiten gehabt und dann kennt man sich nicht aus und da ist es gut, finde ich, wenn man vorher so ein bisschen Hilfe hat: wo erklärt wird, wie das zu verstehen ist, und es ist wichtig zu verstehen, wer wofür steht. Sonst besteht die Gefahr, dass die Leute sagen, „na gut, da kenne ich mich nicht aus, dann gehe ich nicht wählen“ und da könnte der Ausländerbeirat auch in dieser Frage politisch mehr tun.

Unlängst haben die Landtagswahlen in der Steiermark stattgefunden und MigrantInnen und EU-BürgerInnen haben dazu kein Wahlrecht. Was hältst du davon?

Ich denke, die Leute, die hier leben und sich den Gesetzen anpassen, sollten auch sagen dürfen, was ihnen passt und was nicht. Sie müssten schon das Wahlrecht haben; wenn sie hier arbeiten und Steuern zahlen, müssten sie auch mitentscheiden dürfen.

Das ist auch eine Forderung des MigrantInnenbeirats, wie der Ausländerbeirat jetzt heißt.

Vielleicht wird in der nächsten Periode auch in diese Richtung mehr getan, das wünsche ich mir.

Möchtest du sonst noch etwas sagen?

Es ist auch nicht so leicht, wie ich sagte, in einem Projekt oder Verein zu arbeiten, wo die unterschiedlichsten Leute dabei sind. Sie kommen aus verschiedenen Kulturen und denken auch irgendwie anders, aber es ist ein Lernprozess. Auch in unserem Projekt waren B. und ich im Vorstand, aber es ist nicht so gut gegangen, weil wir so verschiedene Ziele hatten. Also sind wir vom Vorstand zurückgetreten und sind jetzt einfach Mitglieder. Wir sind schon immer noch bereit mitzuarbeiten, aber die finanzielle Verantwortung wollte ich nicht übernehmen, irgendwie, wenn ich nicht selber entscheiden kann. Wenn ich entscheide, es ist richtig, dann übernehme ich auch die Verantwortung dafür.

Das bedeutet also, Partizipation ist auch Mitentscheidung und Mitverantwortung.

Mitentscheidung und Mitverantwortung zugleich, aber nicht das eine ohne das andere, das kann man nicht haben. Da sind die Schwierigkeiten, aber wir müssen schauen, wie das weitergeht. Ich hoffe schon, dass wir weitermachen. Ich wollte nicht, dass wir das aufgeben, nachdem wir dafür so hart gekämpft haben. Jetzt ist L. die Obfrau und M. die Kassierin, sie entscheiden, wie es weitergeht.

Es zeigt sich, wenn wenig finanzielle Ressourcen da sind, wird die Arbeit dadurch erschwert.

Weil man nie weiß, wann das nächste Geld kommt. Wenn man schon etabliert ist, vielleicht hat man Reserven und dann kann man damit anders umgehen, aber wir haben überhaupt nichts und das ist ganz schwierig am Anfang. Entweder kann man entscheiden, ‚okay, am Anfang arbeiten wir gratis, bis Geld drinnen ist und dann haben wir Reserven‘. Aber wenn man das nicht macht, dann haben wir nichts und das ist schwer. Also die finanzielle Frage ist entscheidend, wenn man nicht bereit ist, gratis zu arbeiten, weil man sich das finanziell nicht leisten kann, und das ist schwierig, weil manche sind auf das Geld angewiesen, weil sie es brauchen und sie können nicht ohne Bezahlung arbeiten, weil das ist ein Luxus.

Also Engagement müsste auch mit einem Einkommen verbunden sein?

Es geht auch um eine existenzielle Frage. Priorität hat das Überleben und dann kann ich mich engagieren, und das ist so eine zentrale Frage in Vereinen und Organisationen. Und ich finde es schrecklich, dass Leute, die in solchen Organisationen arbeiten, sie müssen andauernd denken, kann ich da auch weiterarbeiten oder wird das Geld wieder gekürzt und dann müssen ein paar Leute ihren Arbeitsplatz verlassen und das ist sehr schwierig.

Das hängt mit dem Rückzug des Staates zusammen.

Ja, das ist es, und die NGOs arbeiten und übernehmen alles und der Staat leistet immer weniger.

Danke für das Gespräch.

Cecile Huber, Universität Graz. Modul 4, Pars - Partizipation und Antirassistische Handlungsstrategien

*Anm. der Redaktion: Diese Konferenz wurde 2004 in Wien von der EP ‚open-up‘ organisiert.

Bottom up!

Der alltäglichen Frage nach dem Wohlbefinden des Gegenübers - Wie geht es Dir? - kann in Österreich mit einer eigentümlichen Floskel begegnet werden: Und selbst? Unklar ist dabei, ob gefragt wird: Und wie geht es Dir selber? - oder ob ein Selbst in der/im Anderen angesprochen ist. Und Du?, lautete dann die Übersetzung des Kürzels. Alle, die wir gewohnt sind, uns in Sprache und Sprechen mitunter auch denkwürdig zu verheddern, haben im Zuge des Projektes neoliberalen semantischen Umbaus bemerkt, dass derartige Kleinigkeiten - wie hier die Groß- oder Kleinschreibung - empfindliche Potenziale bergen: Nicht nur, dass das Wort ‚Autonomie‘ neuerdings dazu verwendet wird, eine Alleinherrschaft der Rektorate und Räte an österreichischen Universitäten zu ummänteln, nicht nur dass potenzielle, vielleicht auch als ‚überqualifiziert‘ beanstandete Arbeiternehmer/innen, erst entpersonalisierte Arbeitskräfte wurden, um nun als ‚Humanressourcen‘ auf Eis gelegt zu werden. Es ließen sich unzählige Beispiele für derartige Verschiebungen anführen - die Wortbildungen mit ‚Selbst‘ haben aber wohl den deutlichsten Sinneswandel erfahren; die sich rückbeziehenden und demonstrativen Wörtchen ‘sich selbst’ halten besondere Tücken bereit.

Der verordneten Selbstgenügsamkeit - als so genannt weiblicher Tugend - entsagend, hat die Zweite Frauenbewegung auf Selbstständigkeit, Selbstermächtigung und Selbstverwaltung gesetzt. Die Subjektkonstitution von Frauen als Angehörige einer kulturellen Minderheit, wie Susan Sontag sagt, war ein Ziel innerhalb dieses Prozesses. Dieser Prozess ist dazu angetan, die symbolische Ordnung des Patriarchats zu unterminieren, in der Frauen als die jeweils Besonderen gesetzt wurden, ohne dass sich aus dieser Besonderheit ein Anspruch auf eine Gattungsbildung ableiten ließe. Dies deshalb, weil kulturelle und politische Handicaps keine Eigenheiten begründen, denn Weiblichkeit wird bloß

als Defizit oder Negation von Männlichkeit verstanden. In einem weder symmetrischen noch a-symmetrischen - denn Letzteres bedeutete eine rein quantitative Ungleichheit - Geschlechterverhältnis agierend, haben Feministinnen auf Subjektkonstitution gesetzt, die Voraussetzung dafür ist, sich mit der Welt und dem männlich besetzten Allgemeinen wirksam auseinanderzusetzen. Das ist die Voraussetzung für die angestrebte Kollektivierung unter den Gesichtspunkten von Verschiedenheit und Gleichheit und damit Handlungsfähigkeit.

Akute Etiketten und Konzepte wie Selbstkontrolle, Selbstverwirklichung, Selbstmanagement und schließlich Selfness - als neoliberale Verheißungen - verbergen den Total - Umbau von Gesellschaft und Politik (nicht nur) hierzulande. Die Sorge ums Selbst hat längst allgemein - also geschlechtsneutralisiert gesprochen - die Sorge um die Welt verdrängt. Der Anspruch auf Individualisierung und Kollektivierung aber muss im Rahmen des geschlechterspezifischen Machtgefälles zugunsten von Männern für Frauen aufrecht erhalten werden. Eine geschlechterdifferent apostrophierte ‚Selbstlosigkeit‘ als einen moralisch aufgeladenen Mechanismus struktureller Gewalt zu erkennen, ist weder gleichbedeutend mit einer (neuezeitlichen) Verherrlichung von Subjektstatus, noch mit angesprochenen aktuellen Formen von Subjektivierung.

Frauenbewegung basiert auf dem Prinzip der Selbstorganisation. Gemeint war und ist dabei nicht die Organisation oder Verwaltung der Selbst als Subjekte analog zu hierarchischen männerbündischen Strukturen. Gemeint ist aber eine von hegemonialen Strukturen weitestgehend unabhängige und selbstbestimmte Strukturgebung auf Basis unhintergebar Kollektivität - die freilich immer auch explizite oder implizite Hierarchien ausbildet. Wenn auch nicht spiegelbildlich zum so genannt Allgemeinen: um nicht

wohlwollend Mit-Gemeint-zu-Werden, um der Vereinnahmung der Potenziale - auch der Kritik - zu entkommen.

Selbstorganisation geht über Partizipation weit hinaus. Sie zielt nicht auf die Möglichkeiten der Teilnahme an bereits bestehenden Strukturen, um diese von innen her in kleinen Schritten zu verändern. Sie zielt vielmehr auf Formen der Zusammenarbeit und Gewinnung von Strukturen, die den Bedürfnissen und Ansprüchen der jeweiligen Akteurinnen angemessen sind und werden. Selbstorganisation gründet auf Betroffenheit, setzt Teilnahme voraus und richtet sich wider das Prinzip der Stellvertretung, das immer auch Verstellung ist. Teilhabe ist gemeint, Autonomie im Sinne einer Selbstgesetzgebung, eingedenk tatsächlicher und möglicher Abhängigkeitsverhältnisse und Verpflichtungen - in Bezug auf einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang: auf inter- und intrapersonale Dynamiken, in Bezug auf die Geschichte der Frauenbewegungen und anderer feministischer Projekte und Szenerien. Die Macht aktiv und aktivistisch teilzuhaben - was immer auch Anstrengungen mit sich bringt - wird damit strukturell verankert; nicht allein das Recht auf passive Teilhabe. Feministische Bildung, Kultur und Politik (wie u.a. in der Frauenhetz) zu betreiben, bedeutet Selbstorganisation als Prinzip des gemeinsamen Tuns der jeweiligen Akteurinnen. Dieses Verfahren ist zu verstehen als das ununterbrochene

Arbeiten auch gegen die selbst ersonnenen und gewonnenen Strukturen und Regeln, in dem diese grundsätzlich fragwürdig und revidierbar bleiben sollen.

Selbstorganisation als kollektiven Prozess anzuerkennen, heißt von daher auch, sich auf ein an und für sich schwieriges, vielleicht paradoxes Verhältnis zu Traditionsbildung und (der eigenen) Geschichte einzulassen.

Ein Projekt kollektiv zu organisieren, ein selbstorganisiertes Projekt kollektiv zu tragen, ist, so denke ich, ohne selbst sprachanalysierend sattelfest zu sein, nicht gleichbedeutend damit, dies als Selbstorganisation zu titulieren. In der Substantivierung und der Pluralbildung - Selbstorganisationen - verschwindet der selbstredend prozessuale Charakter, den das Adjektiv - selbstorganisiert - vermittelt. Die Wortfindung selber institutionalisiert (!) ein Verfahren und macht so Beteiligtheit, Kollektivität unkenntlich. Von Selbstorganisationen als bereits gegossene Formen zu sprechen - das sei durchaus selbstkritisch angemerkt - verschiebt die Bedeutung einer subversiven Politikform zum einen in Richtung eines ‚top down‘-Prinzips, oder zum anderen in Richtung von Selbstorganisationen (Bindestrich!), also Organisationen von Selbsten: Eine neoliberal anmutende Begriffscharikatur, die auch als Addition (im Sinne einer Standesvertretung?) von Ich-AGs verstanden werden könnte.

Edith Futscher, Frauenhetz. Assistentin an der Universität Wien



Muslimische Selbstorganisationen –

zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit

Viel zu lange schon meinen viele, MuslimInnen definieren zu dürfen. Mit einer selbstverständlichen Unwissenheit sprechen sie über ihre Bedürfnisse, über ihre Probleme, über ihre Lebensgestaltung. Die einen in einer wohl tätigen, mitleidigen Art und Weise – die anderen in einer offen rassistischen Manier: aber immer aus der Position einer vermeintlichen Überlegenheit und einer realen Überheblichkeit. Natürlich betrifft dies im Allgemeinen alle MigrantInnen und immer mehr setzen sich dagegen zur Wehr und organisieren sich selbst. Jedoch ist die Notwendigkeit der Selbstorganisation von MuslimInnen in der heutigen Zeit von besonderer Bedeutung. Auch MuslimInnen haben ein Recht auf Selbstbestimmung und vor allem auch muslimische Frauen!

*„Dschannub gibt den Frauen Mut.
Wenn du als Frau hier im Exil allein
bist, wirst du krank.“*

Islamfeindlichkeit ist Rassismus

Muslimische Frauen und Männer sind derzeit heftigen Angriffen ausgesetzt. Die Diskriminierungen beginnen bei Berufsverboten für kopftuchtragende Frauen und eingeschränktem Bildungszugang für muslimische Mädchen mit Kopftuch. Aber auch hier in Österreich finden muslimische Frauen, die sich gemäß dem islamischen Kodex kleiden, nur sehr schwer Zugang zum Arbeitsmarkt – oft auch trotz Qualifikation. Politische Entscheidungsträger tun sehr wenig gegen diese Diskriminierungen bzw. schweigen zustimmend. Die öffentlichen Medien werden ihrem Bildungsauftrag nicht gerecht: Zumeist stimmen sie in den Chor der islamfeindlichen Hetze ein. Kein Wunder, dass MuslimInnen in diesem Klima rassistische Übergriffe auf der Straße erleben: Das beginnt bei verbalen Attacken (wie „geh doch nach Afghanistan“) und körperlichen Übergriffen wie dem Herunterreißen des Kopftuchs.

Die Befreiung der muslimischen Frau

Politik und Medien rufen zur Verteidigung der westlichen Zivilisation auf, die von MuslimInnen als potenzielle Terroristen bedroht sei. Es tut seine Wirkung: Die Bevölkerung meint z.B. das Bildungswesen, das Sozialsystem im Niedergang gegen MigrantInnen abzuschotten zu müssen. Aber auch Linke und Feministinnen fühlen sich plötzlich der Verteidigung westlicher Werte und Zivilisation verpflichtet. Vorbei sind Klassenfrage und Patriarchatskritik, sondern jetzt gilt es, „unsere“ Zivilisation gegen die islamische „Barbarei“ zu verteidigen. Manche Feministinnen gingen sogar so weit, den amerikanischen Kriegszug gegen Afghanistan zu unterstützen – im Namen der Befreiung der Frauen in Afghanistan. So manche männliche Politiker diverser Parteien geben vor, sich gegen die Unterdrückung der Frau einzusetzen – zwar nicht in den eigenen Reihen, aber die muslimische Frau, die wollen sie befreien... Dabei kümmert es nicht, dass diese gar nicht von ihnen befreit werden will, sondern die Frauen ihre Befreiung überall auf der Welt noch immer selbst in die Hand genommen haben!

Weitere Bemühungen im Zuge der Integration

Andere bemühen sich, MuslimInnen ihre Rückständigkeit zu erklären und fordern sie auf, ihre „mittelalterliche“ Religion und Kultur aufzugeben und sich doch der Moderne und westlichen Zivilisation zu öffnen. Gelungene Integration ist es dann, wenn die arabische Tochter endlich einen Minirock anzieht und der türkische Jugendliche nach der Arbeit ein Bier mittrinkt. Diese „Retter der Muslime“ freuen sich darüber – ist es doch wohltuender Balsam für die eigene Überlegenheit, wenn sich andere wieder angepasst haben. Wie emanzipiert, frei und besser kann frau/man sich doch fühlen, wenn es gelingt, die eigene

Unterdrückung in andere hineinzuprojizieren. Vergessen sind die überfüllten Frauenhäuser, die Morde an Frauen in Österreich durch österreichische Ehemänner / Ex-Ehemänner / Ex-Geliebte, von denen wir fast wöchentlich in der Zeitung lesen (man nennt es meist Eifersucht, aber was ist das anderes als Besitzdenken und falsch verstandener Ehrbegriff?!), sexueller Missbrauch an Kindern, Arbeitslosigkeit, Sucht, Einsamkeit, privates Unglück, hohe Selbstmordrate und vieles mehr.

Wo bleibt die internationale Solidarität gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg? Wenn es um Muslime und Musliminnen geht, steht die Abgrenzung im Vordergrund. Man und frau bemüht sich erst gar nicht Gemeinsamkeiten zu finden. Zumeist wird dann unterschieden: zwischen die für eine Solidarität akzeptablen MuslimInnen, für die Religion keine Bedeutung (mehr) hat, und den MuslimInnen, die ihre Weltanschauung und ihr Menschenbild (wieder) nach dem Islam orientieren. Eine Definition, die bei Menschen anderen Glaubens unvorstellbar wäre!

Wer hat die Definitionsmacht über Ein- und Ausschluss in die antirassistische Solidarität?? So wie die herrschenden Eliten Assimilation verlangen, erwarten auch oft ProtagonistInnen der antirassistischen Arbeit eine Anpassung der MigrantInnen /MuslimInnen an ihre Werte. Somit machen sie MuslimInnen zu Objekten ihrer Politik. Selbstbestimmung stößt nur soweit auf Unterstützung, solange es mit dem Eigenen kompatibel ist. Alles andere wird als fremd, rückständig und unüberbrückbar abgelehnt.

*, Wenn wir zusammen sind, merken wir:
So groß sind die Unterschiede gar nicht.
Wir können über dieselben Dinge lachen
und weinen. '*

Verschiebung von Begriffen bei gleich bleibendem Inhalt

Bereits in der Vergangenheit wurde immer wieder der Gegensatz zwischen Orient und Okzident bemüht, um die europäische Überlegenheit in die Köpfe der Menschen zu zementieren. Das Islambild in Europa ist

bis heute davon geprägt. Europäische Identitätsbildung beruhte und beruht auf der Etablierung von Gegensätzen und der Abgrenzung nach außen - auch in linken und feministischen Kreisen. Die europäischen kulturellen Leistungen werden übertrieben dargestellt und die anderer Völker ignoriert und geleugnet. Früher sprach man von der Überlegenheit der europäischen ‚Rasse‘, heute von der überlegenen Kultur. Für Feministinnen kann dies auch die Überlegenheit der europäischen Variante der Emanzipation sein - Beiträge außereuropäischer Frauen werden ignoriert bzw. abgewertet. Geleugnet wird das Erbe des Islam in Europa und die kulturellen Leistungen, die sich durch die Migration aus und nach Europa entwickelt haben.

Die Beziehung zwischen Okzident und Orient ist nach wie vor eine Beziehung von Macht und Herrschaft. Dieses Machtgefälle gibt auch jeder einzelnen Mehrheitsangehörigen hier das scheinbare Recht zu definieren und zu (ver)urteilen, wie MuslimInnen sind und wie sie gefälligst zu sein haben - und wie man sich im Gegensatz dazu selber sehen möchte! Maßstab dafür sind stets die eigenen westlichen Denkkategorien. Für sie ist es z.B. nur logisch, dass ein wissenschaftsgläubiger Mensch fortschrittlicher als ein religiöser ist. Für sie ist es nur logisch, dass eine emanzipierte Alleinerzieherin mit Notstandshilfe per se glücklicher und freier ist als eine verheiratete Frau, die sich am islamischen Weltbild orientiert und vielleicht auch noch Kopftuch trägt. Das ist Eurozentrismus!

MuslimInnen als Sündenböcke

Dieser Eurozentrismus und Rassismus schafft ein Klima, in dem nicht nur viele GlobalisierungsverliererInnen hier in Europa ihre Aggression an MigrantInnen ausleben, sondern auch diejenigen, die daraus politischen Profit schlagen wollen. Waren früher Schwarze Aggressionsziel Nummer 1, so dürfen heute MuslimInnen diesen Platz einnehmen. Um das verstehen zu können, ist es mehr als notwendig, die globalen Verhältnisse und hegemonialen Interessen ins eigene Nachdenken und Engagement

mit einzubeziehen.

MuslimInnen müssen derzeit als Sündenböcke herhalten, um einerseits im Inneren BürgerInnenrechte auszuhöhlen und repressive Gesetze zu verschärfen.

Andererseits wird im Zuge der amerikanischen Eroberungskriege und der Durchsetzung von Globalisierung die antiislamische Karte gespielt.

Kampf gegen die ‚weltweite Bedrohung‘

Nicht alle können in der neoliberalen globalisierten Wirtschaft als ArbeiterInnen – legalisiert oder illegalisiert – ihren Platz finden! So werden tagtäglich 30.000 Menschen dem Hungertod ausgeliefert. Trotz vermeintlicher Anstrengung der UNO ist die weltweite Armut in den letzten 20 Jahren noch gewachsen. Für die euro-amerikanischen Eliten stellt dies in Wirklichkeit keine menschliche Tragödie, sondern ein ‚Sicherheitsproblem‘ dar. Die Sicherheit sei einerseits bedroht von jenen Menschen, die auf der Flucht vor Armut und Hunger in die Metropolen des Reichtums wollen, andererseits sehen sie in der ‚perspektivlosen, verarmten arabischen und afrikanischen Jugend‘ eine große Gefahr von ‚zukünftigen Terroristen‘ heranwachsen. Diesen Menschen wollen sie mit der Schaffung eines Sicherheitsgürtels rund um Europa, d.h. in Osteuropa und in Nordafrika begegnen. Dies meint nichts anderes als militärische Abschottung, Hochsicherheitszäune an den EU-Außengrenzen und vorgeschobene Lager (z.B. der deutschen Bundeswehr in Tunesien). Tote an den EU-Außengrenzen und im Mittelmeer sind in dieser Logik nur eine Kalkulationsfrage. Menschenrechtsorganisationen und vor kurzem auch österreichische Medien berichten von weltweiten amerikanischen Lagern, in denen Muslime wie Tiere in Käfigen gehalten, ohne Anklage festgehalten und gefoltert werden. Auch in Ost- und Südeuropa hat die CIA Lager für potenzielle Terroristen (sprich Muslime) eingerichtet. Menschen verschwinden mitten unter uns, werden entführt und in CIA-Lager verfrachtet – unbemerkt von der Öffentlichkeit, Aufenthalt unbekannt, Zugang unmöglich.

Die Errichtung von Lagern bedeutet immer eine

Schwächung der Menschenrechte. Und die Menschen in Europa haben sich trotz der faschistischen Vergangenheit bereits wieder an Lager gewöhnt. Viele haben die Flüchtlingslager mitten in Europa bereits akzeptiert: Sie seien im ‚Migrationsmanagement‘ unumgänglich, und so werden sie sich auch an die vorgeschobenen EU-Lager in Nordafrika und Osteuropa und CIA-Lager für MuslimInnen gewöhnen. Diese Lager bedeuten die völlige Entrechtung der Menschen, suggerieren Kriminelle, vermitteln zumindest ‚die gehören nicht zu uns‘. Auch MuslimInnen werden nicht als Menschen unseresgleichen wahrgenommen – die Propagandakeule der Terrorbedrohung macht es möglich. Somit setzt eine Welle der Entsolidarisierung ein. Lager werden wieder als ‚normale‘ Realität angesehen. Kein solidarischer Aufschrei der Empörung wird zu hören sein.

Es sind nicht nur persönliche Erfahrungsberichte, sondern auch Studien und Reports belegen, dass im Fahrwasser vom Afghanistan- und Irakkrieg Aggressionen gegen MuslimInnen in Europa zugenommen haben. Sie erleben es bei den Behörden, bei der Arbeitssuche, bei der Wohnungssuche, im Krankenhaus, auf der Straße. Unter dem Vorwand des islamischen Terrors sind nicht nur in den USA, sondern auch in Europa repressive Gesetze eingeführt, der Datenschutz verwässert und die Überwachung verschärft worden. MuslimInnen müssen dafür herhalten, dass z.B. biometrische Reisepässe für alle eingeführt werden, dass die erlangte Staatsbürgerschaft wieder entzogen werden kann, Telefon- und Internetdaten ein Jahr lang gespeichert werden u.v.m. Polizeichefs rufen öffentlich BürgerInnen dazu auf zu melden, wenn ihr orientalisch aussehender Nachbar sich den Bart wachsen lässt!

Unter Partizipation verstehen die herrschenden Eliten immer eine Teilnahme am globalisierten Markt zu ihren Spielregeln. Wer darauf beharrt, eigene Wege gehen zu wollen, nach eigenen Lösungen zu suchen, wird von dieser Partizipation ausgeschlossen, boykottiert, um 100 Jahre zurückgebombt. Heute sind das in

erster Linie die Völker des arabisch-islamischen Kulturkreises, die sich nicht dieser amerikanischen Globalisierungsdoktrin beugen wollen. Um sie in den globalisierten Markt einzugliedern, ihre Rohstoffe zu kontrollieren und den Islam als eine mögliche Alternative zum Kapitalismus auszulöschen, sind sie zum Kriegsziel Nummer Eins geworden.

Islam und Antirassismus -

Perspektiven der Selbstorganisation

Auch im ‚Mikrokosmos‘ Österreich wird unter Partizipation in erster Linie verstanden, sich in die vorgegebenen Strukturen einfügen zu dürfen. Dies bedeutet im Allgemeinen stets eine Aufgabe der eigenen und die stückweise Übernahme der dominanten Identität. Wer dazu nicht bereit ist, wird als ‚rückschrittlich, unzivilisiert, nicht dazu passend‘ gebrandmarkt. Um sich als MuslimIn Zutritt zur Gesellschaft zu verschaffen, soll er/sie Religion als Privatsache begreifen, sich dem hiesigen Kleidungskodex unterwerfen und den westlichen Wissenschaftsbegriff übernehmen. Es fällt dem europäischen Menschen sehr schwer, andere als westliche Denkkategorien zuzulassen. Selbst was privates Lebensglück für jemanden bedeutet, wird gemäß den eigenen Kategorien in die Andere projiziert.

So stoßen MuslimInnen durch ihr Erscheinen und ihre Präsenz immer wieder auf Verwirrung, Ablehnung und Diskriminierung. Hier seien nur einige Beispiele aus den eigenen Alltagserfahrungen genannt. Die Untersuchung durch eine weibliche Gynäkologin gilt als langjährige legitime Forderung der Frauenbewegung. Wird dies von einer Muslimin gefordert, gilt sie als rückständig und kompliziert. Kommt eine Muslimin mit Kopftuch in Begleitung ihres Ehemannes auf die Gebärambulanz, so versucht das Personal gar nicht mit ihr zu kommunizieren (sie würde ohnehin nicht Deutsch sprechen), sondern wendet sich direkt an den Mann. Kommt sie wiederum in Begleitung ihrer Freundin, wird der Arzt sich beklagen, warum der Ehemann sich nicht kümmern würde. Die rassistische Brille sitzt fest. SozialarbeiterInnen wenden bei einer

Intervention in einer türkischen Familie andere Kategorien an als bei einer österreichischen Familie. Sie werden bei der österreichischen gemäß ihrem Auftrag möglichst familienerhaltend arbeiten, während sie bei der türkischen (subtil) die vermeintliche Emanzipation, sprich Loslösung des Sohnes / der Tochter forcieren. Trotz abgeschlossenem Studium findet eine Muslimin mit Kopftuch keine Arbeit - das kommt einem Berufsverbot gleich. Selbst Sozialprojekte haben Probleme damit, eine Muslimin aufzunehmen. Auch in einer Schulklasse mit 100% muslimischen SchülerInnen richtet sich das Deutschbuch ausschließlich nach dem christlichen Jahreskreis. U.v.m.

*„Ich finde es so wichtig,
dass wir international sind.“*

Die Hetze gegen den Islam und somit gegen die MuslimInnen hat nicht zufällig nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Verlust einer sozialistischen Perspektive für die Menschen zugenommen. Die Herrschenden wissen um den Islam als eine mögliche Alternative zum kapitalistischen System, das unweigerlich mit Rassismus verknüpft ist. Der Universalismus des Islam bietet die Möglichkeit, Grenzen zwischen den Völkern aufzuheben, die Einheit in der Vielfalt der Menschen zu schaffen, Nationalismus zu überwinden, sich von Eurozentrismus zu befreien.

Im Koran (= Richtschnur für MuslimInnen) wird der Mensch mehrmals dazu aufgefordert, sich nicht über andere zu stellen. Ausdrücklich wird die Vielfalt der Menschen und Völker als eine Bereicherung dargestellt, die dazu dienen soll, einander kennen zu lernen. In seiner Abschiedsrede hat der Prophet Mohammed betont, dass kein Volk dem anderen überlegen ist, nicht die Weißen den Schwarzen und nicht die Schwarzen den Weißen. Bereits davor hat er viele Zeichen gesetzt, die als eindeutige Signale zu verstehen sind (z.B. hat er den Schwarzen Bilal zum ersten Gebetsrufer ernannt). So ist es nur mehr als verständlich, dass in den 60er und 70er Jahren viele Schwarze in Amerika zum Islam konvertiert sind (am bekanntesten sicher Malcolm X), weil sie mit dem Weißen christlichen Amerika brechen wollten.

Notwendigkeit von muslimischen Selbstorganisationen

Angesichts der heutigen Lebensbedingungen von MuslimInnen wird die Notwendigkeit der Selbstorganisation deutlich. Muslimische Selbstorganisationen verlangen mit wachsendem Selbstbewusstsein Teilhabe an der Arbeitswelt, an den gesellschaftlichen Strukturen, Gleichberechtigung und das Recht auf Selbstbestimmung. Es ist nicht nur diskriminierend, MuslimInnen mit ihrem Engagement, ihren Ressourcen und Kompetenzen auszugrenzen, sondern auch ein großer Verlust an gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Traditionellerweise organisieren sich MigrantInnen hier in Österreich entlang kultureller bzw. nationaler Zugehörigkeit. ÖsterreicherInnen sind dann zumeist mit ihnen solidarisch. Muslimische Selbstorganisationen bergen große Chancen in sich: Jenseits von nationaler Zugehörigkeit schließen sich Menschen zusammen. Aus der Vielfalt der Lebenserfahrungen, der verschiedenen Kulturen und Zugänge der Auseinandersetzung mit Exil kann eine neue Stärke und Gemeinsamkeit wachsen.

*„Mir gefällt die islamische
Schwesterlichkeit bei Dschanuub.“*

Gleichzeitig verlangt die Selbstorganisation als Migrantinnen/Musliminnen die Bewältigung großer Herausforderungen. In Österreich finden wir allerdings Strukturen vor, die solchen SOMs - obwohl sie großartige gesellschaftliche Arbeit leisten - nur sehr wenig Raum und Möglichkeiten zugestehen. War die Integration in der Vergangenheit sicher eine berechnete Forderung, so müssen wir heute einen Schritt vorangehen. MigrantInnen / MuslimInnen wollen Partizipation. Das kann nicht durch Schweigen oder ängstliches Einschließen in eine Minderheitenposition, sondern nur durch Handeln erreicht werden. Nicht durch individuelles Handeln, sondern durch gesellschaftliches konkretes Engagement. Selbstorganisation bedeutet konkretes Engagement - es schafft Stärke und Identität, was wiederum Mut für die Gestaltung eigener Lebensentwürfe macht. Wichtig ist diesbezüglich u. E.

den Weg entlang von Partizipation und Unabhängigkeit zu gehen. Partizipation bedeutet Wille zur Mitgestaltung - Unabhängigkeit, Wahrung der eigenen Identität und Perspektive. Deshalb ist es auch so wichtig, sich als Frauen zu engagieren, um diese Identität und Unabhängigkeit entwickeln zu können.

Als SOM müssen wir ständig daran arbeiten, uns Räume zu öffnen. Barrieren dabei sind nicht nur der komplizierte Zugang zu Infrastruktur, Geldern, Kontakten, sondern auch die belastenden Alltagssituationen der MigrantInnen. Ihre Lebensumstände, die alltäglichen Sorgen, der schwierige bis unmögliche Zugang zu Bildung und Arbeit, der Verlust von Möglichkeiten, die man in der Heimat hatte, die seelische Last des Exils rauben Zeit und Energie. Das sind Hindernisse für das gewollte Engagement und behindern kreative Entfaltungsmöglichkeiten. Nichtsdestotrotz können wir durch die Selbstorganisation ein Stück an Würde und Lebensqualität zurückgewinnen.

*„Wir können stolz auf uns sein:
Was wir schon alles geschafft haben!
Und mit unserer gemeinsamen Kraft
wollen wir so weitermachen.“*

Sich heute unter den herrschenden Bedingungen als Frauen und bekennende Musliminnen selbst zu organisieren, dazu allein gehört bereits viel Mut. Eine Selbstorganisation von Musliminnen ist per se schon ein politischer Ausdruck! Selbst als antirassistische Organisation mit MuslimInnen in der heutigen Zeit solidarisch zu sein oder gar mit ihnen zu arbeiten, erfordert bereits Mut. Ein Signal, diese Ungerechtigkeit nicht länger zu akzeptieren, sondern Veränderung zu wollen - nicht nur für sich selbst, sondern für alle Menschen. SOMs machen Unsichtbare(s) sichtbar. Sie weisen Ausgrenzung und Duldung zurück. Sie engagieren sich für Grenzüberschreitung und Respekt. Sie stellen vorherrschende Strukturen in Frage. In Wirklichkeit liegt in der Migration nach Europa die große Chance auch für die europäischen Menschen zur Veränderung. Das Gespräch mit der indischen Nachbarin, die Hilfe des ägyptischen Arbeitskollegen, der

Rat einer muslimischen (kopftuchtragenden) Ärztin und die Wahl einer Schwarzen Ministerin sind nicht nur Ausdruck von Partizipation, sondern auch von Bewusstseinsveränderung. MigrantInnen initiierten in der Geschichte und initiieren auch heute noch mit all ihren Erfahrungen, Kompetenzen, Ideen und

Weltanschauungen gesellschaftlichen Wandel, den die europäische Gesellschaft bitter nötig hat.

Dschanuub Graz. Modul 6, Marbama – Sozial- und Gesundheitsdienst für Migrantinnen und Musliminnen

Anmerkung: Alle Zitate stammen von Frauen des Interkulturellen Frauenvereins Dschanuub.



Migrantische Selbstorganisationen (SOMs)

zwischen institutionalisierter Machtteilung und Antirassismus-Arbeit

„Equality Standards“ scheint das Modewort in der anti-rassistischen Szene zu sein. Demnach sollen Organisationen dafür Sorge tragen, dass ein gewisser Prozentsatz ihrer MitarbeiterInnen Migrationshintergrund hat. Ein Blick in die Organisationslandschaft jedoch zeigt genau das Gegenteil, noch schlimmer, hier gibt es nicht einmal die Bereitschaft, sich konkret mit diesem Equality-Standard-Prinzip auseinander zu setzen. „Equality Standards“ – ein bloßes Lippenbekenntnis und reines Ablenkungsmanöver seitens „etablierter“ NGOs gegenüber SOMs?

An dieser Stelle drängen sich Fragen auf wie: Wer hat welche Macht? Wer hat Zugang zu Ressourcen? Wer trifft Entscheidungen und über wen? Wer arbeitet für wen? Dient Antirassismus-Arbeit nur mehr der Sicherung und dem Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes? Wer hat welchen Einfluss? Auf wessen Pressemeldungen und -konferenzen achten die Medien am ehesten? Wer kommt bei Subventionsgebern besser an? Wie bereit sind so genannte „etablierte“ NGOs, ihre Macht abzugeben bzw. zu teilen? Sind sie bereit, die (oft zu gut gemeinte) Stellvertretungsrolle aufzugeben bzw. Platz für die heranwachsenden SOMs zu machen? Wer hat Angst vor wem? Wie lange werden sich MigrantInnen bzw. SOMs noch in die Opferrolle drängen lassen? Wäre hier eine Revolution denkbar? Angenommen, die Revolution findet statt und die SOMs übernehmen die Kontrolle über ihr Schicksal, würden die Subventionsgeber insbesondere der Stadt und der EU weiterhin bereit sein, Mittel zur Bekämpfung von Rassismus zur Verfügung zu stellen? Wären die SOMs in der Lage, ihre Arbeit effizient zu erledigen?

Migrantische Selbstorganisation

Vor einigen Jahrzehnten begannen sich Feministinnen zu organisieren. Dieser Kampf wurde in der bis dahin männlich dominierten Gesellschaft nicht ohne weiteres

akzeptiert. Inzwischen gehören feministische Bewegungen und deren politische und gesellschaftliche Realitäten zur politischen Landschaft. Nach den Feministinnen kamen homosexuelle Bewegungen. Bis heute werden diese nur von einem Teil der Gesellschaft „toleriert“, selbst in so genannten westlichen, demokratischen Ländern, in denen jede Form der Freiheit eigentlich selbstverständlich sein sollte. Trotz allen Widerstands und aller Abneigung haben sich aber homosexuelle Bewegungen auch und vor allem in den westlichen Gesellschaften etabliert.

Nun beginnen sich MigrantInnen bzw. BürgerInnen mit migrantischem Hintergrund in so genannten SOMs, den migrantischen Selbstorganisationen, zu organisieren. Wie ich im Zuge der Suche nach transnationalen Partnerschaften (im Rahmen der EQUAL-Antragsrunde 2) mit Verwunderung feststellte, sind SOMs eine österreichische Erscheinung. Während in traditionellen Kolonial- und Migrationsländern, wie etwa Frankreich und Portugal, behauptet wird, dass es Selbstorganisationen in dieser Form nicht gibt, ist in Schweden von „Ethnic Associations“ die Rede.

Als sich der Verein Schwarze Frauen Community vor zwei Jahren als Selbstorganisation von schwarzen Frauen unterschiedlicher Herkunft der Öffentlichkeit vorstellte, gab es unterschiedliche Reaktionen – sowohl positive als auch negative. Von manchen Leuten aus der antirassistischen bzw. kulturpolitischen Szene kamen Vorwürfe und Bemerkungen wie „Wieso ghettoisiert ihr euch? Wir sind doch auch für euch da“, „Es ist doch rassistisch und ausgrenzend, keine weißen Frauen als ordentliche Mitglieder bei euch aufzunehmen“ etc.

Wir sind hart geblieben, denn um uns Schwarze Frauen zu organisieren, brauchen wir wirklich keine Erlaubnis und auch keine Bevormundung. Wir brauchen lediglich

Raum, Ressourcen, Allianzen und Netzwerke. Wir brauchen gute Kontakte, aber keineswegs solche, die meinen, uns sagen zu müssen, wie es geht, und schon gar keine, die uns aufhalten wollen.

Divide and rule

Apropos Ressourcen und Raum. Die Debatte beginnt spannend zu werden, wenn es um die immer geringer werdenden Ressourcen geht. Da kommen Seilschaften und Machtspielereien hinzu. Die Frage der Kompetenzen wird in den Mittelpunkt gestellt. Sowohl von der Seite der NGOs als auch vom Geldgeber aus. Es beginnt schon bei den Vergaberichtlinien. Meistens fließen Subventionsgelder an große ‚etablierte‘ Organisationen. Das bedeutet, dass kleine Organisationen, meist Selbstorganisationen, so gut wie keine Chancen haben. Und wenn, dann bekommen sie in der Regel nicht einmal genug, um sich über Wasser zu halten. Das wiederum bedeutet Selbstfinanzierung und Ausbeutung der eigenen Ressourcen, wenn man weiterhin bestehen will. Die Frage ist: Wie lange und nachhaltig

können Arbeiten, die so produziert werden, bestehen? Zudem wird die Arbeit so zu ‚Sozialarbeit‘ reduziert.

Oft kommt es zu Kooperationen zwischen Selbstorganisationen und ‚etablierten‘ NGOs. Diese Kooperationen folgen in der Regel einem bestimmten Muster: SOMs werden nur selten bei der Entstehung von Projektideen eingebunden. Meistens werden sie erst in der Durchführung und noch öfter als Teilnehmerinnen eingeladen. So bleiben sie Objekte und werden keinesfalls Subjekte, was die Zusammenarbeit betrifft. Sie können weder mitentscheiden noch sich als gleichberechtigte Partnerinnen einbringen. Es wird erwartet, dass sie fleißig und mit Begeisterung teilnehmen. Und wenn sie dann beispielsweise nicht zu einer Podiumsdiskussion über migrationsrelevante Hintergründe kommen, wundern und be-



klagen sich die ‚etablierten‘ NGOs über die Passivität bzw. das fehlende Engagement der ‚MigrantInnen‘, besonders der schwarzen.

Dieser subtile und raffinierte Rassismus spielt sich folgendermaßen ab: MehrheitsösterreicherInnen geben vor, an der Verbesserung der Lage von MigrantInnen afrikanischer Herkunft zu arbeiten. Als Alibi dürfen AfrikanerInnen ab und zu auf Werkvertragsbasis und kurzfristig mitarbeiten. Für ihre Anstellung fehlen in der Regel leider die nötigen Arbeitsgenehmigungen und die NGOs sind meistens ‚leider‘ nicht in der Lage, diese Genehmigungen zu organisieren. Für (langfristige) Anstellungen bleiben dann nur die ‚Inländerinnen‘ bzw. Mehrheitsangehörigen übrig. Da wird z.B. behauptet: ‚Eine Senegalesin würde sich mit einer Äthiopierin schwer tun, ein Problem, das eine Österreicherin nicht hätte.‘ Eine sehr gefährliche, eurozentristische Ausrede. Es wird absichtlich ein/e Schwarze/r gegen die/den andere/n ausgespielt – nach dem Motto: ‚divide and rule‘, wie wir es aus dem kolonialen Denken kennen. Zur Erlangung und Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes scheint jedes Mittel recht zu sein: Ausnützung, Ausbeutung, Manipulation, Mobbing, Unterdrückung aufgrund der Hautfarbe und/oder der Herkunft sind in Österreich Normalität, sie gehören zu den Spielregeln.

Ungleiche Machtverhältnisse – partnerschaftliche Kooperationen?

Früher hat diese Vorgangsweise recht gut funktioniert. Nun sind aber auch MigrantInnen, ebenso wie Feministinnen und Homosexuelle dabei, sich in Bewegungen zu setzen. So entstehen die SOMs. Sie wollen mitmischen, mitreden und vor allem sich selbst vertreten, weg von der Stellvertretung. Die Ära der Bemutterung ist endgültig vorbei. Emanzipation, Selbstempowerment und Selbstverwirklichung sind angesagt. Die Zeit ist gekommen, um Privilegien, Ressourcen und Macht zu teilen. Die spannenden Fragen aber sind: Wie bereit sind ‚etablierte‘ NGOs, ihre Macht abzugeben? Sind sie bereit, die Ressourcen neu umzuverteilen? Sind sie bereit, zurückzutreten und den Selbstorganisationen Platz zu lassen? Kann es hier, angesichts der unglei-

chen Machtverhältnisse, partnerschaftliche Kooperationen geben? Wie bereit sind KollegInnen mit migrantischem Hintergrund, die Macht zu übernehmen bzw. teilzuhaben? Welche ‚etablierten‘ NGOs in der antirassistischen Szene reden meist von ‚Equality Standards‘? Inwiefern spiegelt diese Forderung die interne Politik der NGOs wider? Besteht überhaupt die Bereitschaft bzw. Versuche, die ‚Equality Standards‘ umzusetzen? Wie viele Menschen mit migrantischem Hintergrund, insbesondere Menschen mit schwarzer Hautfarbe, genießen ein Angestelltenverhältnis innerhalb einer ‚etablierten‘ NGO?

Es muss Chancengleichheit für alle geben. Wichtig wäre die Implementierung von ‚Affirmative Action‘-Programmen für Schwarze Frauen bei Stellenvergaben in allen Bereichen. Schwarze Migrantinnen müssen einerseits offensiver werden und sich einfach den Raum und die Ressourcen (vor allem die öffentlichen Mittel) nehmen, die ihnen zustehen. Andererseits sollte ein ‚Equality Standard‘ eingeführt werden, der festlegt, dass in jedem Verein im antirassistischen Bereich ein gewisser Anteil der Angestellten Schwarze MigrantInnen sein müssen.

Außerdem soll Öffentlichkeitsarbeit gezielt Gleichberechtigung, Chancengleichheit und Grundrechte für alle Menschen beharrlich einfordern und realisieren. Immerhin gibt es seit Mai 2005 eine Gleichbehandlungsanwaltschaft, die eben auch für Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit zuständig ist.

Gesellschaftlich können wir auf Dauer nur dann etwas verändern, wenn viele Menschen beginnen, das kleine und große Geflecht des Rassismus zu erkennen und bereit sind, sich zu fragen: ‚Welchen Status habe ich als Mehrheitsangehörige/r, die/der zahlreiche Privilegien genießt?‘

Wir neue SOMs brauchen kein Mitleid, keine Almosen, keine Bemutterung und auch keine BeschützerInnen. Wir brauchen Raum, Ressourcen und den nötigen Respekt, um uns zu entfalten. Wir müssen dringend lernen, uns diesen Raum und diese Ressourcen zu nehmen.

Beatrice Achaleke, Schwarze Frauen Community Wien, Modul 3, EMSF – Equality Mentoring für schwarze Frauen

Allianzen und Spaltungen zwischen NGOs und Selbstorganisationen

Ausgangspunkte und Zwischenstände

Zur Entstehungsgeschichte des folgenden Textblocks

Ausgehend von der Frage, wie Texte entstehen, von wem sie produziert werden und welche Ressourcen erforderlich sind, um aktiv in eine öffentliche Textproduktion einzusteigen, haben die Initiative Minderheiten und Romani Dori für diesen Reader eine Diskussionsrunde zu ‚RomaOrganisationen – Gemeinsame politische Strategien von MigrantInnen und Roma in Kooperation mit NGOs‘ begonnen.* Die Form der Gruppendiskussion wurde gewählt, um die Machtasymmetrien zwischen den üblich verdächtigen TextproduzentInnen und den beim Schreiben Zurückhaltenden zu relativieren. Peregrina hat sich den Gruppendiskussionen, die über zwei Monate hindurch ein Mal wöchentlich stattfanden, angeschlossen.

Die Gruppendiskussionen wurden zumeist in Deutsch und teilweise in Serbokroatisch geführt. Fünf der sechs DiskutantInnen konnten sich gut jeweils in Deutsch oder in Serbokroatisch verständigen. Da nicht alle beide Sprachen beherrschen, musste dennoch übersetzt werden, was zu einer besonderen Anforderung an die Übersetzenden in ihrer Doppelrolle geführt hat – ein simultanes Übersetzen der Inhalte macht eine konsequente Teilnahme an der Gruppendiskussion unmöglich. Diese Umstände erschwerten den Diskussionsprozess.

Nach wenigen Wochen zeigte sich, dass die geplante Arbeitsweise im Hinblick auf eine nachfolgende Textproduktion viel zu aufwändig war. Zwar wurden die Gruppendiskussionen protokolliert und die Protokolle nachbearbeitet, sodass sich Themenblöcke herausgebildet haben. Es sind aber bei jeder Sitzung immer wieder



so viele neue Aspekte eingebracht worden, dass im Zuge der Diskussionen deutlich wurde, dass wir auf diese Art und Weise in absehbarer Zeit nicht zu einem gemeinsamen Fokus finden werden. Diese Probleme haben letztlich dazu geführt, dass wir den ursprünglich eingeschlagenen Weg der Entwicklung eines gemeinsamen Textes vor dem Hintergrund von Gruppendiskussionen verlassen und die Beteiligten einzeln Textbeiträge verfasst haben. Trotzdem kann das einzelne Verfassen der Texte als Ergebnis der Auseinandersetzungen in den Gruppendiskussionen gesehen werden. Herausgekommen ist ein Medley aus Einzelbeiträgen, die auf je spezifische Art die geführten Gruppendiskussionen reflektieren bzw. ein Ergebnis eben dieser sind.

* Ljubomir Bratic hat in den Gruppendiskussionen mitgewirkt, aber letztlich keinen separaten Textbeitrag gestaltet.

ANFRAGEN

Wie wird Minderheit überhaupt definiert? Von wem? In welchen Kontexten werden Minderheitenmarker relevant gesetzt und warum?

Warum haben Selbstorganisationen in der Regel je ihren eigenen Minderheitenbegriff und definieren ihn in Abgrenzung zu einem dichotomen Anderen? Z.B. behinderte/ nichtbehinderte, Transgender/ Mann-Frau, Schwarz/ Weiß, Papiere/ keine Papiere, EU-Staatsbürgerschaft/ Nicht-EU-Staatsbürgerschaft? Was kann das für Auswirkungen haben? Wie kann die dadurch entstehende Exklusivität der eigenen Diskriminierung überwunden werden? Wieso ist einzelnen Selbstorganisationen die scheinbare Exklusivität ihrer Diskriminierung wichtig? Welche Auswirkungen hat diese scheinbare Exklusivität?

Was bedeutet das für Allianzenbildungen?

Wie können transminoritäre Allianzen geschaffen werden?

Was passiert, wenn Schwarze, MigrantInnen, Lesben,

Transgender, Menschen mit Behinderung, Schwule etc. gemeinsam Forderungen gegen Diskriminierungen stellen? Allianzen bilden? Welche Antidiskriminierungs-Tools können gemeinsam entwickelt und welche gemeinsam angewendet werden? Wie können Ressourcen verteilt werden? Würden sich bestehende Machtverhältnisse verändern? Welche Kontinuitäten können sich entwickeln? Welche würden scheitern? Was würde mit Kategorien wie z.B. Ethnie, sexuelle Lebensweisen, Geschlecht, Gesundheitszustand, Alter, Religion passieren? Was mit Dichotomien wie gesund/krank, Weiß/Schwarz, arm/reich etc? Wie kann mit unterschiedlichen Haltungen und auch Diskriminierungen untereinander in einer antidiskriminatorischen Allianz umgegangen werden?

Wie viel Vielfalt wollen wir? Wie viel Vielfalt ertragen wir?

Was bringt es, eine Minderheit zu sein?

Werden Migrantinnenorganisationen eher als Frauenorganisationen oder als ethnisierte Gruppe gefördert? Welche fremdbestimmten Konzepte müssten sie sich dafür aneignen bzw. übernehmen? Unter welchen fremdbestimmten Konzepten müssten sie sich unterordnen, klassifizieren, um den Förderrichtlinien zu genügen? Und welches Wissen müssten sie vorweisen? Und welche selbstbestimmten Konzepte können durchgesetzt werden?

Welche Dynamik steckt hinter Selbst- und Fremdbestimmungen? Von wem geht das Kontinuitätsdiktat aus? Wer setzt welche Kontinuitäten warum relevant? Wo und wann finden Verschiebungen zwischen Zugehörigkeit zu Mehrheit oder Minderheit statt? Und warum? Wo und wie werden solche Verschiebungen wirksam?

Wer ist wann in minoritären Allianzen Mehrheit? In welchem Sinne? Auf welcher Ebene? Und wie wird diese Mehrheit wirksam?

Wer bestimmt bei Allianzen-Bildungen, welche

Kategorien wie definiert sind? Wieso werden in Bündnissen hegemoniale Kategorien selbstverständlich übernommen? Wer bestimmt, welche Kategorien von vornherein ‚klar‘ sind und welche gemeinsam diskutiert und definiert werden?

Wie werden hegemoniale Definitionen von Kategorien, wie z.B. katholisch sozialisiert oder lesbisch, durchgesetzt? Was bedeutet es, wenn Selbstorganisationen mit unterschiedlichen Definitionen einer Kategorie miteinander arbeiten wollen/sollen/müssen? Wie wirken sich unterschiedliche Haltungen und Zugänge aus? Was bedeutet es für die Struktur und Politik einer Selbstorganisation, bis dahin Ausgeschlossene einzuschließen? Inwieweit muss sich die Selbstorganisation verändern? Und will sie das überhaupt? Welche Strukturen der Organisationen kommen dadurch ins Schwanken? Welche werden gefestigt und welche neu dazu gewonnen?

Wer bestimmt, was getan wird? Wer setzt sich bei Ressourcenverteilung und ähnlichem durch?

Wären wir stärker, wenn wir uns gegenseitig nicht diskriminieren würden? Was für Perspektiven und Ressourcen und Widerstandspotenziale täten sich auf? Welche Widersprüche müssten aufgelöst werden?

*Vlatka Frketic, Peregrina Wien, Modul 5, MobSTOP
Persson B. Baumgartinger, Queer Snack Wien*

Interview mit mir selbst

Ich lebe seit ca. zehn Jahren in Wien und arbeite seit einiger Zeit mit Personen und Organisationen in Projekten zu ‚migrationsrelevanten Themen‘ zusammen. Arbeit, die sich sowohl als selbstinitiierte, ehrenamtliche ‚immaterielle‘ Tätigkeit erweist als auch als pragmatische und regulär bezahlte. Dieses Arbeitsfeld hat sich durch meinen alltäglichen Existenz- und Überlebenskampf (als Migrantin) in Wien entwickelt. Mit dem Status der Nicht-EU-Staatsbürgerin, der Osteuropäerin, der Drittstaatsangehörigen (oder welche Kategorien sich dieser Staat auch immer für

,solche wie mich‘ ausgedacht hat) wurde ich sehr stark mit einer ‚Klassen- und Ethnienenteilungspolitik‘ konfrontiert. Eine der Strategien, um diesen Status neu zu verhandeln, also das Ziel eines besseren und stabileren Lebens zu erreichen, war für mich der Zugang zu Information, Kommunikation und Wissen, zu ‚anderen‘ und die Vernetzung mit anderen.

Also, durch meine individuellen Eigenschaften habe ich Wege gefunden, um trotz eingeschränkter BürgerInnenrechte an den tagespolitischen Prozessen partizipieren zu können.

Mein Background und meine Sozialisation sind in Bezug auf kollektives Handeln und Verhalten sehr widersprüchlich. Als jemand, der in einem sozialistischen Land sozialisiert wurde, in dem die Forderung nach kollektiver Zusammenarbeit im Vordergrund gestanden ist, gibt es den Bedarf nach Individualität und eine gewisse Distanz zu Gruppenzugehörigkeiten.

In Wien habe ich schnell die bitteren Erfahrungen von Alltagsrassismus und struktureller Diskriminierung gemacht, die zu klassischen Überlebens- und Stärkungsstrategien (von MigrantInnen) führten. Nämlich die Suche nach Unterstützung von ‚meinesgleichen‘, also von Leuten aus dem Ursprungsland, um Wissen über Existenzielles (Wohnung, Verdienstmöglichkeiten, Administratives) zu erhalten. Auch die ‚psychologische Stärkung‘ war ein wichtiger Teil, den ich von meinen Landsleuten erfahren habe. Sich in der ermächtigenden Sprache zu artikulieren, gemeinsame und tradierte kulturelle und soziale Kompetenzen miteinander zu teilen, war ebenso wichtig.

Sprache, Kultur, Tradition sind sehr identitätsstiftend und stärkend. Nur hat mich (paradoxe Weise) die konkrete Auseinandersetzung mit ‚meiner‘ Identität nicht sehr stark interessiert. Sie befand sich ständig in Umwandlung. Ich bin schnell zur Erkenntnis gekommen, dass die ‚identitätsstiftenden‘ Landsleute nicht unbedingt meine Interessen, Denkweisen und Lebensvorstellungen teilten. Mir wurde bald klar, dass die geografischen, folkloristischen und ethnischen Gemeinsamkeiten für mich nicht sehr stärkend und

identitätsstiftend sein konnten.

Ein wichtiges Kriterium für soziale Kontakte waren die Gemeinsamkeiten in der sozial-politischen und gesellschaftlichen Einstellung.

Obwohl ich mit Personen, die meine gesellschaftspolitischen Einstellungen teilen, gerne zusammenarbeite, wollte ich dennoch keine Organisationen gründen oder welche koordinieren. Dabei darf nicht ausgeblendet werden, dass ich das ‚Glück‘ habe, in einem Umfeld (Kunst und Kultur, Universitäten) mit Menschen unterschiedlicher Nationalitäten zusammenzuarbeiten. Im Kunst- und Kulturbereich gilt der ‚Fremde‘ eher als exotisch und bereichernd, also ergaben sich schnell Kontakte und Wissensaustausch, von dem alle profitierten. Meine eigenen Kreise und Freundschaften bildeten sich aus Leuten, die in diesem Umfeld tätig sind.

Jenseits des ‚Kunstalltags‘ war/bin ich aber täglich mit der Tatsache konfrontiert, dass mein Aussehen, meine Sprache, mein Aufenthaltsstatus und meine Staatsangehörigkeit mich ganz klar von der österreichischen Mehrheitsbevölkerung unterscheiden und dass mich der Staat kategorisiert, in dem ich mit bestimmten Rechten bzw. keinen Rechten ausgestattet bin.

Die Grundlage für meine politische Einstellung ist es, gleiche Rechte für alle zu fordern. Ich unterstütze ‚migrantische communities‘ oder in Wien lebende ‚Landsleute‘, die sich in ähnlicher Lage befinden wie ich, um Infos auszutauschen und zusammenzuarbeiten.

Also aktivierte ich meine aktivistische Praxis gegen diskriminierende Mechanismen in der Gesellschaft. Ich sehe mich als Multiplikatorin für alle Felder, zu denen ich Zugang habe: zu Kunst, Uni, NGOs, migrantischen communities, zu denen ich Netzwerke aufgebaut habe und für die nicht die Identität im Vordergrund steht, sondern der Bedarf nach Veränderung von diskriminierenden gesellschaftlichen Strukturen. Also aktiviere ich und setze meine Ressourcen und mein erworbenes Wissen über visuelle Darstellungsformen, soziale, Sprach- und Koordinati-

onstechniken ein, für Kooperationen mit Personen, Gruppen und Organisationen in Aktionen oder Projekten, die kritisch gegenüber den herrschenden und diskriminierenden Strukturen sind.

Petja Dimitrova, Initiative Minderheiten, Aktion 3, wip-Öffentlichkeitsarbeit

Romani Dori Wien

Roma werden begleitet von bekannten und leicht erkennbaren Problemen: Marginalisierung, degradiert auf die unterste Stufe der Gesellschaft, getrieben in den Teufelskreis der Armut, vertrieben und verfolgt, ausgesetzt, betroffen von Diskriminierungen und Rassismus, nicht anerkannt als Ethnie, ohne Sprach- und Religionspflege, kulturell ‚zurückgeblieben‘. Aber ein noch größeres Problem stellen wir selbst dar.

Wir sind ethnisch und kulturell verschieden, unterschiedlich sind auch die Religionen - wir sind orthodox, katholisch, muslimisch -, wir sind arm und reich, es gibt jene mit Ausbildung und solche, die Analphabeten sind, Bekannte und Anonyme, hervorragende Musiker und ganz normale Altpapiersammler. Wir arbeiten in der Industrie, als Lohnarbeiter und verrichten als Hilfsarbeiter die schwierigsten und anstrengendsten Arbeiten. Wir sind Verkäufer, ruhige Bürger und laute Hooligans, wir bewegen uns auf dieser und jener Seite des Gesetzes. Alles in allem ein buntes Konglomerat ohne herauskristallisiertem Bewusstsein über uns selbst oder über die eigene Identität.

Die Beziehungen unter den Roma sind auf einem bescheidenen Niveau. Ein Rom hat kein Vertrauen in einen anderen Rom. Uns teilt der Reichtum und die ökonomische Kraft, das Ansehen des Einzelnen und die Macht, über die er verfügt. Manche - nur wenige zwar - sind sehr reich und besitzen mehr, als sie brauchen. Die anderen - die die Mehrheit sind - haben nur wenig, gerade genug für ihre Existenz. Und viele haben überhaupt nichts, leben am materiellen Abgrund und sind von der Sozialhilfe abhängig. Manche Roma

haben in der Community einen privilegierten Status, die Mehrheit wird durchschnittlich anerkannt und manche haben überhaupt kein Ansehen und werden erniedrigt.

Roma haben die Moderne und die Zivilisation nicht wirklich anerkannt, vor allem die Kultur und die Ausbildung. Die Anzahl der Analphabeten bzw. der Semi-Alphabeten ist unter den Roma sehr hoch. So wie sie sind, ohne Wunsch, aber oft auch ohne ausreichende Möglichkeiten hinsichtlich einer Ausbildung, konnten sich Roma nicht weiterentwickeln und Erfolge in der Gesellschaft haben.

Die Situation der Armut und das niedrige Niveau von Kultur und Ausbildung führen oft dazu, dass Roma Auswege in Alkohol, Gewalt, Prostitution und gesellschaftlichem Abseits suchen und dadurch Konflikte mit dem Gesetz haben. Was bei Roma nie entschuldigt wird, sondern als Argument dazu verwendet wird, sie aus der Gesellschaft auszuschließen und sie auf die unterste gesellschaftliche Stufe zu stellen.

Der Anteil von Roma am öffentlichen und politischen Leben ist symptomatisch - wenn wir die Welt der ‚Feste‘ ausnehmen: Einzelpersonen sind zwar vereinzelt in politischen Zusammenhängen hervorgetreten. Vor allem unmittelbar vor Wahlen für Werbezwecke - verwendet von nichtromischen politischen Strukturen. Mit Rücksicht auf das niedrige Kultur- und Ausbildungsniveau sind Roma anfällig für Manipulationen, die vor allem von jenen ausgehen, die auf der Seite von Macht und Herrschaft sind.

Bei Roma überwiegt der Egoismus. Oft heben sich nur Einzelpersonen hervor und vergessen dabei das Kollektiv und distanzieren sich so von ihren Wurzeln, ohne Absicht, etwas für die anderen zu unternehmen. Den Erfolg greifen sie auf, obwohl es allen bewusst ist, dass es ohne kollektiven Erfolg bzw. ohne Gemeinschaftlichkeit nicht zur schon lange erwünschten Integration der Roma kommen wird und sich auch die Situation im Allgemeinen nicht verändern wird. Die, die es aus eige-

nen Kräften zu etwas bringen, distanzieren sich oft von ihrer Herkunft und denken nicht daran, dass ihre neue Position der Affirmation der Romagemeinschaft zu Fortschritt verhelfen könnte.

Die traditionelle Art, sich gegenseitig zu unterstützen, ist verloren gegangen. Anfängen von der eigenen Familie über Freunde hin zu anderen Roma. Als ob der Mythos vom Zusammenhalt der Roma verloren gegangen wäre.

Roma haben viele traditionelle Anbindungen, die mit verschiedenen Neuheiten verschüttet werden. Wie auch andere können sich Roma nicht erlauben, im Panzer des traditionellen Lebens verhaftet zu bleiben. Aber sie haben nicht das Recht zuzulassen, dass die schwache kulturelle Identität von aggressivem Schund und Kitsch zerfressen wird. Damit wird die erkennbare Romakultur zerstört. Die vorwiegend mündliche literarische Romatradition wird immer mehr vernachlässigt. Versuche, diese zu bewahren, sind zur Nebensache geworden.

Wenn wir Erfolg haben möchten auf den dornigen Wegen der Integration, müssen wir zwar die Musik, die Folklore, die gesamte Kultur bewahren, aber im interkulturellen Kontakt mit den uns benachbarten Kulturen. Nur in so einem Austausch mit anderen Kulturen (Nehmen und Geben) kann man kreativ sein, können Traditionen und Bräuche neu gedacht werden und zur Diversität und zum Reichtum der Mehrheitskultur beitragen, ohne die eigene ethnische und religiöse Identität zu zerstören.

Diese Probleme müssen wir systematisch lösen, nicht nur formell oder über Folklore. Das schaffen wir, wenn wir endlich die Verantwortung für uns selbst, unsere Gruppe, für alle Roma, in eigene Hände legen. Wir müssen in allen Feldern an der Emanzipation arbeiten: Gesundheit, soziale Angelegenheiten, Ausbildung und Kultur.



Warum sind Roma-Organisationen nicht einheitlich?

Im Namen von traditionellen Normen unternehmen Roma-Organisationen nichts in Bezug auf die negative Tradition, besonders was die Mädchen betrifft. Ihre Wünsche und Vorstellungen werden zerstört, indem sie im Alter von 15 Jahren verheiratet werden. Roma schließen sich auch immer mehr Sekten und verschiedenen religiösen Organisationen an.

Eines der größten Probleme ist die mangelnde Ausbildung. In Serbien haben 80 % der Roma keine abgeschlossene Grundschulausbildung. Die Situation hier ist ähnlich. Zahlreiche Kinder beenden auch hier nicht die Grundschule. Man sollte das Schulsystem hinterfragen. Welche gesetzlichen Maßnahmen fehlen und welche gibt es, die funktionieren? Alle Bereiche, die wichtig sind für Kinderrechte, die Verantwortung der LehrerInnen und der Leitungskräfte als Einzelpersonen und der öffentlichen Einrichtungen sollten hinterfragt werden. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Roma-Organisationen.

Einzelne Projekte, die mit Roma-Themen zu tun haben, engagieren oft einzelne Roma als Fassade. Dabei werden nicht die Interessen von Roma vertreten und wird auch nicht an ihren Problemen und existenziellen Fragen gearbeitet. Solche Projekte arbeiten nur im eigenen Interesse.

Von bisherigen Projekten hatten Roma am wenigsten Nutzen. Z.B. das Sokrates Projekt. Eine Organisation hat von Sokrates Geld bekommen und möchte Roma in die Erwachsenenbildung einschließen. Wenn es dann um die Geldverteilung geht, bekommen Roma z.B. für Reisen keine Tagesgelder, die Nicht-Roma aber schon.

Das Informations- und Wissens-Monopol darüber, was gerade passiert, wann und wo es Roma-Programme/-Förderungen gibt, wann Vorträge gehalten werden etc. - all dieses Wissen, hinter dem sich auch Wissen über mögliche Förderungen (u.a. auch für literarische Veranstaltungen) versteckt, wird zurückgehalten.

Die autochthonen Roma schauen herablassend auf die nicht-autochthonen Roma, also auf die Zugewanderten. Sie diskriminieren diese und möchten sie nicht einschließen in die gesamte Problematik der Roma.

Es gibt kein einheitliches Nationalprogramm für Roma. Es fehlt an politischem Willen und Mitteln. Die zuständigen Institutionen, die verantwortlich sind für die Durchführung dieser Programme, sind unorganisiert. Ich glaube, dass es auch am Bewusstsein der Roma über die Bedeutung solcher Programme fehlt.

*Boban Stojkov, Romani Dori Wien, Aktion 3, wip-Öffentlichkeitsarbeit
Übersetzung und Bearbeitung: Vlatka Frketic, Cornelia Kogoj*

(Un)Mögliche Allianzen?

Die Initiative Minderheiten arbeitet seit 1991 mit dem Ziel, eine minderheitengerechte Gesellschaft zu schaffen, in der individuelle Lebensentwürfe unabhängig von Merkmalen wie ethnischer, sozialer oder religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung oder Behinderung als gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt sind. Eine Gesellschaft ist, laut den Leitlinien der Initiative Minderheiten, nur dann minderheitengerecht, wenn sie die verschiedenen Lebensentwürfe gleichmäßig und gerecht ermöglicht und fördert.

Gegründet von ‚MehrheitsösterreicherInnen‘ gemeinsam mit AktivistInnen aus dem Volksgruppen-, MigrantInnen-, Lesben-, Schwulen- und Behindertenbereich verfolgte die Initiative Minderheiten von Anfang an die Strategie, minoritäre Allianzen zu schaffen. Die Initiative Minderheiten hatte nie den Anspruch, Vertretungsorganisation einer Minderheit zu sein und für diese zu sprechen, sondern als Plattform und Vernetzungsorganisation zu agieren. Es war den GründerInnen sehr wohl bewusst, dass die Diskriminierungen der einzelnen Minderheiten unterschiedlicher Art sind, dass die Gruppen unterschiedliche Ansprüche und Forderungen haben, doch gleichzeitig war man/frau davon überzeugt, dass es wichtig sei, punktuell gemeinsam aufzutreten, um stärker zu sein. Eine mediale Plattform wurde geschaffen, in der diese Allianzen theoretisch und praxisorientiert diskutiert sowie vorgelebt werden konnten: die Zeitschrift ‚STIMME von und für Minderheiten‘.

Die 90er Jahre - in die die Gründungszeit der Initiative Minderheiten fällt - waren gekennzeichnet von medialen, wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen mit Fragen der Migration, des Asylwesens, der zunehmenden Diskriminierung von sozialen und ethnischen Gruppen und des steigenden Rassismus (vgl. STIMME 38/2001). Gleichzeitig gab es eine Bereitschaft von staatlicher Seite, Organisationen, die wir heute NGOs nennen, zu subventionieren.

Es war die Zeit der vermeintlichen Paradoxa: einerseits Lichtermeer, andererseits Verschärfung der Aufenthalts- und Ausländerbeschäftigungsgesetze; einerseits staatliche Förderung von zivilem Ungehorsam, andererseits das Dichtmachen von Grenzen; einerseits ‚weiße männliche Österreicher‘, die mit ihrem paternalistischen Gehabe zu wissen glaubten, was für diskriminierte Gruppen gut sei, andererseits ihre gute Verbindung zu den staatlichen Machtzentren.

Nach der schwarz-blauen Wende hat es einen Politisierungsschub innerhalb der Minderheiten-, MigrantInnen- und Antirassismusszene gegeben, insbesondere dadurch, dass sich MigrantInnen gegen die Stellvertretungspolitik von NGOs gewehrt haben und den Anspruch stellten, für sich selbst zu sprechen. Die Machtverhältnisse innerhalb der ‚Szene‘ wurden in Frage gestellt, vor allem im Kontext von Zugangsmöglichkeiten und Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen. Neue Selbstorganisationen von MigrantInnen sind entstanden. Ein Umstand, der bei den Volksgruppen-, Lesben-, Schwulen-, Frauenorganisationen etc. schon längere Tradition hat.

Dennoch hat die Wichtigkeit von Vernetzung zwischen NGOs und Selbstorganisationen - und auch unter diesen - nicht abgenommen. Im Gegenteil. Solidarität mit politischen Forderungen zwischen den einzelnen Gruppen ist nach wie vor weiter aktuell. Die Auseinandersetzung mit verschiedenen politischen Strategien und Widerstandskulturen schafft ein Wissen, das notwendig ist, um politisch agieren zu können.

Nicht die Frage ‚Wer ist am schlimmsten diskriminiert und wer ist dadurch authentischer und verfügt über mehr Glaubwürdigkeit?‘ ist die entscheidende, sondern ‚Welche ideologischen und politischen Differenzen und Übereinstimmungen existieren?‘ Ohne Allianzenbildungen sind diese Fragen nicht zu beantworten und eine Weiterentwicklung auch nur schwer möglich. Die Allianzen im Projekt ‚work in process - wip sind ein Experiment. Ein Experiment, das nicht ohne folgende Fragen begonnen hat: Wer ist in der

Entwicklungspartnerschaft mit dabei? Was verbindet uns ideologisch? Welche Erfahrungen und Fähigkeiten haben wir in Bezug auf EU-Projekte?

Ob diese Form von Allianzen in einem EQUAL-Projekt, das über starke Kontrollmechanismen seitens der Geldgeber (Monatsberichte, monatliche Abrechnungen etc.) verfügt, möglich ist, darüber lässt sich jetzt nur spekulieren. Zu wünschen wäre es uns.

Cornelia Kogoj, Initiative Minderheiten Wien, Aktion 3, wip-Öffentlichkeitsarbeit

Zu Spaltungen und Wissensvermittlung in der Kooperation zwischen NGOs und Selbstorganisationen

Die linke Hand des Staates infiltriert und kolonisiert die Gesellschaft(en). Der Staat unterhält ein stehendes Heer von Sozial-ArbeiterInnen. Diese bezahlt er entweder direkt durch Anstellung in staatlichen Institutionen, wie z.B. Sozialämtern, Schulen, Arbeitsmarktservice etc., oder indirekt durch Anstellung in ausgelagerten Organisationseinheiten, den so genannten Non Governmental Organisations (NGOs). Die nichtstaatlichen Wohlfahrtsverbände nehmen aufgrund ihres hohen Institutionalierungsgrades eine Mittelstellung ein. Die NGOs unterscheiden sich von den Institutionen in mehrfacher Hinsicht: Sie sind nicht mit Zwangsmitteln ausgestattet. Sie arbeiten nicht im Verbund mit den anderen Teilen des stehenden Heeres, sondern sind eher mit versprengten Sondereinheiten zu vergleichen. Zum Bild der Sondereinheiten passt auch, dass der Staat jegliche Verantwortung für das Handeln der NGOs von vornherein bestreitet. Dies obwohl der Staat die NGOs mittels zeitlich begrenzter Projektgelder finanziert und die Einhaltung der Projektpläne genau kontrolliert.

NGOs zwischen politischer Unabhängigkeit und finanzieller Abhängigkeit

Die NGOs hängen an der Geldleine des Staates. Nichtsdestotrotz geben sich die NGOs gerne der Illusion hin, politisch unabhängig zu sein. Dabei ist eher das Gegenteil der Fall. NGOs sind ökonomisch vollkommen abhängig von den subventionsgebenden Instanzen. Sollte es eine NGO wirklich fertig bringen, die Hand, die sie füttert, nicht nur zu zwicken, sondern effektiv zu beißen, freuen sich mehrere andere NGOs über die demnächst frei werdenden Subventionsgelder. So werden NGOs tendenziell zu AgentInnen der jeweiligen Regierung bzw. jener Fraktion, die im subventionsgebenden Ressort gerade das Sagen hat. Abgeschwächt wird diese Tendenz durch den bisweilen nicht minder problematischen Umstand, dass einzelne BeamtInnen NGOs gleichsam adoptieren und ihre schützende Hand über sie halten, d.h. für eine

Weiterfinanzierung sorgen. Mit der politischen Unabhängigkeit der NGOs ist es also nicht weit her, zumal eine NGO meist mehrere subventionsgebende Instanzen zu ihrer Finanzierung versammeln muss. Dementsprechend sinkt der Spielraum für Kritik an den Regierenden. Bevorzugtes politisches Gegenüber der NGOs werden aus dieser Logik heraus die Parteien rechtsaußen. Die linke Hand des Staates lässt ihren Sondereinheiten im Rahmen der Gesetze gerne freien Lauf gegen die rechte Opposition. Kritik an staatlichen Institutionen wird wesentlich weniger gerne gesehen, wobei auch hier zu unterscheiden ist: Öffentliche Kritik an der rechten Hand des Staates (insbesondere Polizei, Justiz, Militär) ist eher zulässig als Kritik an den Grundfesten des hegemonialen Arrangements (Nationalstaat, Eigentumsordnung). Bei Sanktion des Subventionsentzuges unzulässig ist öffentliche Kritik an den geldgebenden Stellen selbst. Solchermaßen sind die vorgeblich politisch unabhängigen NGOs in die innerhegemonialen Auseinandersetzungen eingebunden und entlang der ökonomischen Gegebenheiten von vornherein politisch

ausgerichtet. Gegenüber den subventionsgebenden Instanzen ist höchstens Lobbying gestattet, das per Definition nie über das hinausgeht, was auch im Interesse der Anlobbyierten ist. Gegenüber der Öffentlichkeit werden Bildungsmaßnahmen als zulässig eingestuft.

Ihre Aufträge geben sich die NGOs scheinbar selbst, indem sie Projekte einreichen. Allerdings können sie nur dort Gelder lukrieren, wo es auch Subventionstöpfe gibt. NGOs werden somit in einem besonderen Feld platziert. Sie agieren zu marginalisierten Themen, an den Widersprüchen des Systems. Diskriminierung, Umweltzerstörung, Tier- und Menschenrechtsverletzungen, Armut, Krankheit, all das sind Probleme, die in einem kapitalistischen System hausgemacht und daher im hegemonialen Arrangement inkludiert sind. Diese Probleme werden von den zentralen EntscheidungsträgerInnen in Kauf genommen. Die linke Hand des Staates hat jedoch die Aufgabe, diese Probleme zu bearbeiten und zwar zumindest soweit, dass sie das Funktionieren des Systems nicht gefährden. Daher gibt es Subventionen für NGOs, die sich der Probleme mit mehr Verve annehmen können, als dies der institutionelle Teil der linken Hand des Staates aufgrund seiner größeren Verstricktheit mit dem hegemonialen Arrangement tun könnte. Die Auslagerung dieser Problembearbeitungen an formell unabhängige kleine flexible Organisationen mit mehr Commitment und Motivation und einer höheren Bereitschaft zur Selbstausbeutung ist mithin nicht nur aus Kostengründen funktional. Diese Probleme wären in den Institutionen selbst gar nicht bearbeitbar. Zu groß wären die internen Widerstände.

NGOs als Auffangbecken für

gut ausgebildete Persönlichkeiten

Ausgelagert wird aber nicht nur die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme. NGOs bilden ein Auffangbecken für zumeist vergleichsweise gut ausgebildete Persönlichkeiten, die sich schlecht in Weisungszusammenhänge der Institutionen integrieren lassen.

Die extreme Zersplitterung der NGO-Landschaft ver-

dankt sich auch dem Umstand, dass die Ein- und Unterordnung der MitarbeiterInnen nicht erzwungen wird, nicht erzwungen werden kann, sondern im Gegenteil im Konfliktfall die Spaltung und Gründung einer neuen konkurrierenden NGO stattfindet. Während für MitarbeiterInnen in den Institutionen die Sicherheit im Vordergrund steht, ist es für die MitarbeiterInnen in NGOs ihre Autonomie, die sich allerdings auf ihren eigenen Arbeitsbereich beschränkt. So wie NGOs nach dem Modell der Sondereinheiten funktionieren, so funktionieren auch die Arbeitsbereiche innerhalb der NGOs tendenziell wie Sondereinheiten. Die Arbeiten werden nicht ineinander verzahnt, sondern möglichst funktional unabhängig gestaltet, um dem persönlichen Autonomiestreben der MitarbeiterInnen Rechnung tragen zu können.

NGOs vs. Selbstorganisationen: Konkurrenz oder Kooperation?

Im Gegensatz zu den NGOs stehen die politischen Initiativen und Selbstorganisationen der diskriminierten Gruppen. Zumeist gehen NGOs historisch aus solchen Gruppen hervor. Die Verfolgung politischer Anliegen erfordert ökonomische Ressourcen. Daraus ergeben sich starke Tendenzen in Richtung der Bereitstellung solcher Ressourcen. Es liegt nahe, um Subventionen anzusuchen, insbesondere im österreichischen Kontext, wo das Spendenwesen für parteiunabhängige politische Aktivitäten sehr unterentwickelt ist. Durch die mit den Subventionsansuchen einhergehende notwendige Professionalisierung werden aus politisch unabhängigen Gruppen NGOs. Mit der NGOisierung der Gruppen verschieben sich die Funktionen und die Machtverhältnisse in der Organisation. Es kommt zum Aufbau von internen Verwaltungs- und Managementstrukturen, die über die ökonomischen Ressourcen bestimmen. Nur ein Teil der Subventionen kann projektgebunden für die politische oder soziale Arbeit verwendet werden. Ein nicht unbedeutender Teil der Mittel (20 - 30 %) wird für die ordnungsgemäße Verwaltung der Mittel selbst benötigt.

Dennoch drängen viele politische Initiativen und

Selbstorganisationen in Richtung Subventionen und damit in Richtung NGOisierung. In Zeiten, in denen die Subventionstöpfe gekürzt werden, treten sie damit in Konkurrenz zu den etablierten NGOs. Der institutionalisierte Teil der linken Hand des Staates neigt aus pragmatischen Erwägungen dazu, den etablierten Organisationen in Konkurrenzsituationen den Vorzug zu geben. Das wesentlichste Kriterium besteht wohl darin, dass die Etablierten schon bewiesen haben, dass sie eine brauchbare Abrechnung für die Projektgelder abliefern können. Neo-NGOs haben es daher besonders schwer, einen Fuß in die Tür der Subventionsgebenden zu bekommen.

Dass dies dennoch hie und da gelingt, hängt mit der geringen Halbwertszeit von NGOs, mit unterschiedlichen Konjunkturen der Subventionstöpfe, die sich an den Konjunkturen der aktuellen gesellschaftlichen Problemstellungen orientieren, und mit dem

Innovationsdruck, dem NGOs ausgesetzt sind, zusammen. Je mehr eine NGO nach Institutionalisierung (z.B. des Betreuungs- und Beratungsbereiches) strebt, desto mehr ist sie der Kürzung von Subventionen ausgesetzt. Es liegt in der Natur des Subventionswesens, dass die BeamtInnen ihre zu vergebenden Ressourcen nicht gerne an Weiterfinanzierungen binden lassen. Der institutionalisierte Teil der linken Hand des Staates muss jedes Jahr seine Mittel verbrauchen, sonst werden diese Mittel gekürzt. Aber er muss auch auf aktuelle Problemstellungen reagieren, die von den laufenden Projekten nicht abgedeckt werden. Mithin ergibt sich immer wieder ein gewisser Spielraum zur Förderung von Neo-NGOs.

Es sind in erster Linie die politischen Initiativen und Selbstorganisationen der diskriminierten Gruppen, die eine gesellschaftliche Problemstellung aktuell machen, indem sie sich rund um entsprechende Konflikte orga-



nisieren, diese verbreitungswirksam positionieren und entsprechende Diskurse lancieren. Ob ihnen vom institutionalisierten Teil der linken Hand des Staates die Kompetenz zugeschrieben wird, die Probleme in Projektform zu bearbeiten, hängt einerseits daran, dass die politischen Initiativen und Selbstorganisationen nicht zu radikal auftreten, sondern eine an das Vokabular des hegemonialen Arrangements angelehnte Seriosität an den Tag legen. Andererseits spielt, wie schon erwähnt, das Vertrauen in die Abrechnungskompetenz der Neo-NGO eine große Rolle. Diese beiden Kriterien (Seriosität und Abrechnungskompetenz) sind absolute Ausschlusskriterien. Wenn sie gegeben sind, dann ist eine Subventionierung zumindest möglich. Wenn sie nicht gegeben erscheinen, dann ist eine Subventionierung, die über den Bereich von minimalen Beträgen (z.B. für die Organisation eines Festes) hinausgeht, garantiert unmöglich, außer der Subventionstopf wurde außertourlich eingerichtet, um Wahlgeschenke zu vergeben und gute Stimmung für die Regierung zu machen. (So hat z.B. das Programm Newstart vor der Nationalratswahl 1999 die initiale Förderung der Bunten Zeitung mit ca. 100.000.- EUR ermöglicht.)

Bei den großen Förderungsprogrammen haben die politischen Initiativen und Selbstorganisationen der diskriminierten Gruppen allein keine Chance, an die Gelder heranzukommen. Zu hoch sind die selbst zu finanzierenden Anlaufkosten. Zu viel Projekt-Know-how ist erforderlich, das etablierte NGOs den politischen Initiativen und Selbstorganisationen der diskriminierten Gruppen voraushaben. Bei den großen Förderungsprogrammen müssen sie daher Allianzen mit etablierten NGOs bilden. Die meisten etablierten NGOs sind jedoch für solche Allianzen nicht zu haben. Denn für sie sind die Neo-NGOs, denen so viel Wissen weitergegeben werden muss, in der Gegenwart ein Klotz am Bein und in der Zukunft eine ernst zu nehmende Konkurrenz. Allein der Legitimationsdruck, nicht stellvertretend für Diskriminierte zu sprechen, und der Innovationsdruck, d.h. die Notwendigkeit zur Erschließung neuer Themen, führt die etablierten

NGOs zunächst dazu, einzelne Personen aus den politischen Initiativen und Selbstorganisationen der diskriminierten Gruppen an- bzw. abzuwerben, um sich solchermaßen Legitimität und Kompetenz einzuverleiben. Zumeist inkludiert diese Aneignung keinerlei gezielte Weitergabe von subventionsrelevantem Wissen, da die Abgeworbenen nicht in die Management-Positionen, sondern in die Positionen von BildnerInnen und BeraterInnen gestellt werden. Solchermaßen werden die Selbstorganisationen geschwächt.

Allianzenbildung zwischen etablierten NGOs und Selbstorganisationen:

ein keineswegs unproblematisches Modell

Die Bildung von Allianzen zwischen etablierten NGOs, Selbstorganisationen und/oder politischen Initiativen dürfte hingegen die große Ausnahme sein. Die EU-weite Suche unserer EQUAL-Entwicklungspartnerschaft work in process (wip) nach transnationalen Partnerorganisationen, in denen Selbstorganisationen von diskriminierten Gruppen eine wesentliche Rolle spielen, hat im Frühjahr 2005 zu dem ernüchternden Ergebnis geführt, dass es im Rahmen der zweiten EQUAL-Antragsrunde EU-weit - selbst bei sehr weiter Auslegung des Begriffs ‚Selbstorganisation‘ - keine zehn solche Allianzen gibt, die eine EQUAL-Förderung bekommen. Wohlgermerkt war unsere Suche nicht auf den Antirassismus-Schwerpunkt beschränkt.

Umso bemerkenswerter ist das Allianz-Modell von work in process. Diese Allianz war nicht unumstritten. Nach wenigen Wochen der Kooperation in der allersten Antragsphase wurde die Frage laut, wer diesen und jenen Verein eigentlich zur Mitarbeit eingeladen hat. Der Allianzenbildung ist keine Diskussion der schon in der ersten EQUAL-Antragsrunde kooperierenden Organisationen vorausgegangen. Vielmehr haben sich die neuen Partnerorganisationen hineingedrängt. Sie wollten bei EQUAL mitmachen und haben sich mehr oder weniger selbst zu den Treffen eingeladen. Sie haben die ideologische Prädisposition der Offenheit der in open up mitarbeitenden

Organisationen im entscheidenden Augenblick genutzt. Sobald sie sich in die Arbeitsgruppe zur Antragsvorbereitung eingebracht hatten, war es für die etablierten Organisationen nicht mehr möglich, die Neuen loszuwerden. Es war kein diesbezüglicher Konsens mehr herzustellen.

Aber statt sich zu lähmen oder zu zerstreiten, haben alle Partnerorganisationen das Beste aus der Situation gemacht und die Selbstorganisation von MigrantInnen (SOM) zum Kernanliegen der neuen Entwicklungspartnerschaft erklärt. Den Möglichkeiten, die sich aus der Kooperation zwischen NGOs und Selbstorganisationen ergeben, konnte sich auch das EQUAL-Büro nicht verschließen. V.a. wegen den Punkten zu Empowerment und Nachhaltigkeit (Selbstorganisationen als Wissensspeicher) ging work in process aus der Konkurrenz um die EQUAL-Förderung als mit Abstand bestbewertete Entwicklungspartnerschaft im Antirassismus-Bereich hervor. Aus dem Umstand, dass die Mehrheit der anderen Entwicklungspartnerschaften im Antirassismus-Bereich, die bereits in der ersten Antragsrunde dabei waren, nicht zum Zug gekommen ist, lässt sich ermesen, dass die Allianz und der Fokus auf die Selbstorganisationen im Wettstreit um die Subvention hervorragende Schachzüge waren.

Bereits in der Antragsphase wurde über die Mailinglist und die für alle Partnerorganisationen offenen Plena sehr viel antragsrelevantes Wissen von den EQUAL-erfahrenen MitarbeiterInnen an die MitarbeiterInnen aus den neu hinzugekommenen Selbstorganisationen vermittelt. Je aktiver sich die KollegInnen aus den Selbstorganisationen an der Antragserstellung beteiligt haben, desto mehr konnten sie im Sinne eines ge-coachten Learning by doing profitieren. Besonders zu erwähnen sind hier die Ausarbeitung der Antragsformulare inklusive der Finanzplanung und das Lobbying zur Gewinnung der erforderlichen strategischen Partnerorganisationen. In der Umsetzungsphase setzt sich das Coaching insbesondere bezogen auf den Aufbau einer für die Abwicklung von größeren Subventionen notwendigen Finanzgebarung fort.

Allianzenbildung mit möglichen Nebenwirkungen

Problematisch an dieser Entwicklung ist, dass mit dem Coaching auch die Kolonisierung der Selbstorganisationen durch die linke Hand des Staates betrieben wird. Im selben Maße, wie die Selbstorganisationen sich Subventionen erobern, dringt die linke Hand des Staates mit ihren ökonomischen Mitteln in die Selbstorganisationen ein und macht sie genauso abhängig wie die NGOs. Die Selbstorganisationen werden NGOs, indem sie Subventionen annehmen. Die notwendige Professionalisierung bindet und zähmt die Kräfte. Gleichzeitig ist aber auch eine Ausweichbewegung zu beobachten. Neben den alten und neuen NGOs formieren sich oder bestehen weiterhin auch politische Initiativen und Selbstorganisationen von diskriminierten Gruppen, die nicht am Subventionszirkus teilnehmen. Und dort finden sich unter anderen Organisationsnamen teilweise die selben handelnden Personen, die in den NGOs ihrer subventionierten Arbeit nachgehen. Solchermaßen entziehen sich die AktivistInnen im Antirassismus-Bereich wiederum der Infiltration und Kolonisierung durch die linke Hand des Staates, die sie im professionalisierten Kontext selbst (und gegen sich selbst) mitbetreiben.

Die Anbindung der Selbstorganisationen an das hegemonale Arrangement über die linke Hand des Staates sorgt möglicherweise für eine Veränderung der Wahrnehmung der strukturell produzierten Probleme. Die Diskriminierten bringen ihre Sichtweisen in die Diskurse und Gremien der linken Hand des Staates ein und sorgen dort für eine Verschiebung der Definitionsmacht. Sie können den Vorteil der Authentizität nutzen, die ihnen als den ‚Betroffenen‘ von den anderen Sozial-ArbeiterInnen gemeinhin zugeschrieben wird. Damit steigt in erster Linie der Druck auf etablierte NGOs, die sich der Kooperation mit Selbstorganisationen nicht weiter verschließen können, wenn sie nicht als veraltet gelten wollen. Das bedeutet auf längere Sicht mehr Arbeitsplätze für Personen aus diskriminierten Gruppen im NGO-Bereich. Das wiederum bedeutet bessere Chancen für die Herausbildung von organischen Intellektuellen aus den diskriminierten

Gruppen, denn Arbeitsplätze im NGO-Bereich sind auch ein Lernfeld für politische Praxen und Aktivismus.

Darüber hinaus sind aus dieser Entwicklung unmittelbar keine relevanten Veränderungen zu erwarten. Die Stabilität des Systems wird durch die beschriebene Inklusion von VertreterInnen der diskriminierten Gruppen eher gestärkt. Beim institutionellen

Teil der linken Hand des Staates werden die neuen Diskurse im Sinne neuer Lösungsansätze an den marginalisierten Rand, d.h. in den NGO-Bereich zurückgespielt, aber kaum weiter ins Innere des hegemonialen Arrangements getragen, weil die Widersprüche und Unlösbarkeiten dadurch nur größer werden.

Andreas Görg, Initiative Minderheiten Wien, Modul 5, MobSTOP



AutorInnen – *Verzeichnis*

Beatrice Achaleke ist Mitbegründerin und Obfrau des Vereins Schwarze Frauen Community sowie Co-Projektleiterin des ‚wip - Moduls Equality Mentoring für Schwarze Frauen (EMSF)‘. Langjährige Mitarbeit in zahlreichen kulturpolitischen Projekten an Schulen sowie im Bereich der Erwachsenenbildung. Mitarbeit im entwicklungspolitischen Bereich sowie Menschenrechte. Obfrau von ENARA (European Network Against Racism, Austria).

Persson B. Baumgartinger, Sprachwissenschaftler, Forschungsschwerpunkt Queer Linguistics; als Lektor tätig, bietet Trainings zu trans/inter/gender/queer an, derzeit bei ‚Verborgene Geschichte/n - remapping Mozart‘ im Themenbereich Geschlechterbilder/ Gender-Queer.

Petja Dimitrova ist Künstlerin. Künstlerische Praxis zw. bildender Kunst, politischer und partizipativer Kulturarbeit, auch mit KünstlerInnengruppen und NGO's (u.a. dezentrale medien, a room of one's own, Public Netbase, Initiative Minderheiten, maiz). Zurzeit Mitarbeiterin der Initiative Minderheiten im ‚wip‘, A3-Öffentlichkeitsarbeit.

Vlatka Frketic, Trainings in den Bereichen Antidiskriminierung, Kommunikation und Queer-Politics. Erarbeitet im Rahmen von wip antidiskriminatorische Kommunikationsmodelle in der Mobbing-Prävention. Aktivistische Arbeit in queeren/antidiskriminatorischen Zusammenhängen.

Edith Futscher ist Kunsthistorikerin und Erwachsenenbildnerin; tätig im Verein „Frauenhetz. Feministische Bildung, Kultur und Politik“ und Assistentin am Institut für Kunstgeschichte der Universität Wien.

Andreas Görg, Jurist, derzeit Projektkoordinator bei der Initiative Minderheiten, arbeitet im Rahmen von wip als Trainer an Strategien zur Prävention von Mobbing, Aktivist beim European Network Against Racism Austria und beim medienunabhängigen Nachrichtendienst widerst@nd-MUND.

Cecile Huber, wissenschaftliche Mitarbeiterin in PARS_ Modul 4. Forschungsschwerpunkte: Soziolinguistik und Mehrsprachigkeit, Identität, Migration und Fremdenfeindlichkeit.

Belinda Kazeem ist Studentin der Internationalen Entwicklung mit Schwerpunkt Gender Studies und afrikanische Literatur. Sie ist Mitarbeiterin beim wip - Modul ‚Equality Mentoring für Schwarze Frauen (EMSF)‘ der Schwarzen Frauen Community.

Cornelia Kogoj, Kommunikationswissenschaftlerin; seit 1998 Generalsekretärin der Initiative Minderheiten; Gründungsmitglied des Europäischen Netzwerkes gegen Rassismus; Aktivistin der Wiener Wahl Partie; Publikationen zum Thema ‚Minderheiten und Medien‘; Kuratorin der Ausstellung ‚Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration‘; derzeit Mitarbeiterin des Theaterprojekts über Roma-Diskriminierung im Rahmen von EQUAL - wip.

Birge Krondorfer ist Lehrbeauftragte, Erwachsenenbildnerin, Supervisorin, Mediatorin, (gruppendynamische) Trainerin, Autorin, Mitorganisatorin diverser feministischer Kongresse, Mitgründerin der Frauenhetz (1991). In wip in der Gesamtkoordination in der Funktion ‚Beratung/Begleitung der Selbstevaluationsprozesse der Module und A3 sowie als GeM - Beauftragte tätig.

Marissa Lobo, 3 Jahre Studium der Regionalgeschichte in Brasilien, lebt seit 2 Jahren in Österreich, ab Juli 2005 Mitarbeit im Verein maiz als Multiplikatorin im Modul Empica und TCA.

Radostina Patulova, Philosophin, langjährige Mitarbeit als kulturelle Mediatorin bei LEFÖ sowie im Bereich der Erwachsenenbildung. Derzeit Mitarbeiterin beim wip - Modul ‚fields of TRANSFER‘ der IG Kultur Österreich.

Ariane Sadjed, Mag. phil; Forschungen zu öffentlichem Raum und Zivilgesellschaft im Islam. Derzeit beim Verein maiz im Rahmen von EQUAL in der Antirassismus- und Bildungsarbeit beschäftigt.

Rubia Salgado, studierte Portugiesisch und Literaturwissenschaft; langjährige Arbeit mit Migrantinnen im Bildungs- und Kulturbereich; Mitbegründerin und Mitarbeiterin des Vereins maiz; Autorin, Aktivistin; innerhalb des Equal Projektes wip: inhaltliche Gesamtkoordination und Koordination des Moduls Empica (maiz).

Slavomir Boban Stojkov, Soziologe, Gründer und Obmann des Vereins ‚Romani Dori‘, Initiator mehrerer Kultur- und Bildungsprojekte von und mit Roma in Österreich und aus dem ehemaligen Jugoslawien

Marion Stöger, Studium der Geschichte, Frauenforschung und Politikwissenschaften, Redaktionstätigkeit in der UNITAT, Frauenreferentin der ÖH Wien. Seit zweieinhalb Jahren Trainerin bei maiz: Deutschkurse, externer Hauptschulabschluss und seit Sommer im Projekt Empica.

Vina Yun ist Mitglied des Redaktionskollektivs der Zeitung ‚MAL-MOE‘ und ehemalige Mitherausgeberin der Zeitschrift ‚nylon‘. Kunststoff zu Feminismus und Popkultur. Freie Autorin für diverse deutschsprachige Print- und Netzmedien. Zurzeit Projektleiterin des wip - Moduls ‚fields of TRANSFER‘ der IG Kultur Österreich.

Maria Vatanzadeh ist Sprachlehrerin, Angestellte und in der Erwachsenenbildung tätig. Sie ist Mitglied des Vereins Schwarze Frauen Community und Projektleiterin des wip - Moduls ‚Equality Mentoring für Schwarze Frauen‘.

Kanak Attak, Ende der 1990er in Deutschland entstanden, ist der selbstgewählte Zusammenschluss verschiedener Leute über die Grenzen zugeschriebener ‚Identitäten‘ hinweg. Der kleinste gemeinsame Nenner bei Kanak Attak besteht darin, die "Kanakisierung" bestimmter Gruppen von Menschen durch rassistische Zuschreibungen mit allen ihren sozialen, rechtlichen und politischen Folgen anzugreifen. Kanak Attak ist Teil des europaweiten Frassanito-Netzwerks, das zu migrationspolitischen Fragen arbeitet. <http://www.kanak-attak.de>

Amara Kurdische Frauenvereinigung Oberösterreich ist eine politisch-kulturelle Einrichtung und wurde vor 5 Jahren gegründet. Das Wort Amara bedeutet Stadt der Liebe, Friede und Brüderlichkeit. In der kurdischen Geschichte haben die Frauen in Amara immer zum Frieden für die Menschen in Kurdistan beigetragen, z.B. mit Assyriern, Persern, Arabern, Armeniern, Türken usw.

Black Community Linz ist eine Organisation für die schwarzen Menschen in der Diaspora und für die schwarzen Bürger dieses Landes, die für ihre Interessen eintritt. Die Black Community versteht sich als eine Bewegung für Gerechtigkeit für alle, als eine Stimme für die Schwarzen Menschen.

Queer Snack

Queer Snack als eine Plattform für Verqueerte, die aktivistisch, politisch, aktionistisch, performen-istisch und wasno-challes tätig sein wollen. Wir treffen uns, wir snacken und reden, verhandeln und verschieben, betanzen und erschreien und noch vieles mehr. Alles verqueerte, alles was so in die quere kommen kann, hat platz in diesem treffen.

Verein FFF - ‚Verein Frauen für Frauen‘

Fremdsprachiges Frauen Forum

Wir sind ein Verein von Migrantinnen, die schon seit längerer Zeit in Graz lebt. Unser Ziel ist es anderen Migrantinnen zu helfen, sich in Graz einzuleben und Anschluss zu finden. Laufendes Projekt: Maßnahmen zur Förderung der Interkulturellen Kinderbetreuung Kontaktperson: Mag. Linda Pramatarova - Tascheva. E-Mail: ltasch2002@yahoo.de

Impressum:

Medieninhaberei und Herausgabe: A3 - Initiative Minderheiten.
Redaktionsteam: Petja Dimitrova, Vina Yun, Radostina Patulova, Beatrice Achaleke, Birge Krondorfer, Rubia Salgado, Vlatka Frketic
Adresse: 1060 Wien, Gumpendorfer Str. 15/13
Lektorin: Sylvia Köchl
Grafik & Layout: Petja Dimitrova
Erscheinungsort: Wien
Herstellerin: Druckerei Fiona. www.fiona.or.at

Offenlegung: Aktion 3 ist eine Organisationseinheit der Initiative Minderheiten im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft ‚work in process‘, die von der IG Kultur finanzverantwortlich und von maiz - Autonomes Integrationszentrum von und für Migrantinnen inhaltlich koordiniert und von BMWA und ESF im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL gefördert wird. Andere operative Kooperationspartnerinnen sind: Schwarze Frauen Community, Peregrina, Initiative Minderheiten, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaften der Karl-Franzens-Universität Graz, Dschanuub, Frauenhertz, Romani Dori, Tool.
Der Verein Initiative Minderheiten ist somit als formeller Rechtsträger der Aktion 3 zu 100 % Eigentümer dieses Readers.
Grundlegende Richtung: Selbstorganisationen
Copyright: Die Rechte an den in diesem Reader abgedruckten Texten verbleiben bei den AutorInnen bzw. HerausgeberInnen. Bitte euch wegen Genehmigung an diese zu wenden, wenn ihr den einen oder anderen Text nachdrucken wollt.
Ermöglicht wurde die Herstellung und kostenfreie Verteilung dieses Readers durch Finanzierung der Entwicklungspartnerschaft ‚work in process‘ durch BMWA und ESF im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL.
Kontakt: office@initiative.minderheiten.at

Partnerorganisationen

im ‚wip‘ work in process

Initiative Minderheiten ist eine österreichweite Organisation, die für eine minderheitengerechte Gesellschaft eintritt, in der individuelle Lebensentwürfe unabhängig von Merkmalen wie ethnischer, sozialer oder religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung, Behinderung als gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt sind.

www.initiative.minderheiten.at
www.gastarbajteri.at



Frauenhetz - Wir sind ein seit 15 Jahren bestehender, gemeinnütziger und selbstorganisierter Verein, getragen von 15 ehrenamtlich tätigen Frauen. Das kollektive Ziel besteht darin, feministisch-politische Theorien mit weiblichen Alltagspraxen zu verbinden. Aus der Frauenbewegung entstanden, verstehen wir uns als ein Bildungsprojekt, das vornehmlich das Denken in einem permanenten Prozess mit dem Handeln von Frauen - in Zusammenarbeit mit anderen frauenpolitischen Projekten - vermitteln möchte. Die von uns gewählte Form ist es, einen Raum für öffentliche Diskussionen, Diskurse und Auseinandersetzungen zwischen Frauen aller Herkunft zur Verfügung zu stellen. Dazu bieten wir ein breitgefächertes und Widersprüche nicht scheuendes Veranstaltungsprogramm mit einem jeweiligen Jahresschwerpunkt an.

www.frauenhetz.at



Der **Verein TOOL** ist eine nichtstaatliche, gemeinnützige Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, Linux- Kultur und Open Source Projekte in Österreich für Menschen, die von der Gesellschaft diskriminiert und benachteiligt werden, zugänglich zu machen.

Der Ausdruck Open Source steht für quelloffen, einerseits in dem Sinne, dass der Quelltext eines Programms frei erhältlich ist, andererseits für 'offene Quelle', also dass ein Werk frei zur Verfügung steht.[Def. nach Wikipedia Stand Juli 2005] Durch Verbreitung dieser Open Source Philosophie, soll Menschen der Zugang zu Wissen verschafft werden und Informationen über freie Medien zur Verfügung gestellt werden. <http://tool.action.at/>



Romani Dori Wien - Verein für Kultur und Bildung von und für Roma. Romani Dori tritt dafür ein, dass alle Menschen dieser Welt die Möglichkeit haben, sich dort niederlassen zu können, wo sie möchten und für eine gleichberechtigte Partizipation an gesellschaftlichen Ressourcen.

www.romanidori.at



Die Aufgaben des **Instituts für Erziehungswissenschaft (Karl-Franzens-Universität Graz)** liegen in der systematischen, historischen und vergleichenden erziehungs- und bildungswissenschaftlichen Forschung und Lehre.

www.uni-graz.at



Peregrina - Bildungs-, Beratungs- und Therapiezentrum für Immigrantinnen. Peregrina ist ein feministisch-antirassistisches Bildungs-, Beratungs-, und Therapiezentrum mit einem breiten Angebotsspektrum für zugewanderte Frauen und Mädchen.

Peregrina versteht Integration als Gleichberechtigung und Möglichkeit des sozialen Aufstiegs... Integration ist, wenn Ingenieurinnen, Anwältinnen, Ärztinnen nicht mehr in Reinigungsfirmen arbeiten, sondern ihre gelernten Berufe ausüben können. Integration wird 'passieren', wenn den Migrantinnen ein auf allen Ebenen gleichberechtigtes Dasein in Österreich ermöglicht wird. (Gamze Ogan, Obfrau).

www.peregrina.at



Die **Schwarze Frauen Community SFC** ist eine Initiative von schwarzen Frauen (1. und 2. Generation) unterschiedlichster Herkunft und Nationalität. Gemeinsam wollen wir Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung und die Selbstorganisation schwarzer Frauen fördern und unterstützen und damit die Integration in die österreichische Gesellschaft vorantreiben.

www.schwarzefrauen.net



Der **Interkulturelle Frauenverein Dschanuub** ist eine Gruppe von und für (nicht nur) muslimische Frauen verschiedener Nationalitäten, der sich zum Ziel gesetzt hat, die schvesterliche Anteilnahme der europäischen Frauen am Leben der Frauen des Südens zu fördern. Wir wollen kulturelle, soziale, intellektuelle, religiöse Brücken schlagen zwischen den Frauen des Südens und des Nordens und so an einer aktiven Frauensolidarität arbeiten. Insbesondere ist es uns ein Anliegen, den rassistischen und islamfeindlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken.

Ziel unserer Veranstaltungen ist es, als Musliminnen Respekt, gesellschaftliche Anerkennung und Zugang zu Bildung und Arbeit einzufordern. Wir wollen entgegen der islamfeindlichen Hetze die Wirklichkeiten muslimischer Frauen, ihre Lebenswahl, ihre Sorgen und ihre Widerständigkeit den Menschen in Österreich näherbringen. Der Verein Dschanuub führt innerhalb der Entwicklungspartnerschaft 'work-in-process' das Modul 6 Marhama - Sozial- und Gesundheitsdienst für Migrantinnen und Musliminnen durch.



maiz - das autonome Zentrum von und für Migrantinnen

ist eine Organisation von und für Migrantinnen und entstand aus der Notwendigkeit von Veränderungen hinsichtlich der Lebens- und Arbeitssituation von Migrantinnen in Österreich und im Sinne einer Stärkung von politischer und kultureller Partizipation. www.maiz.at



IG Kultur Österreich ist das Netzwerk und die Interessensvertretung der freien und autonomen Kulturarbeit in Österreich. Sie leistet Beratung und Lobbyarbeit für ihre Mitglieder in rechtlichen Bereichen und nimmt Stellung zum kulturpolitischen Geschehen.

Die IG Kultur Österreich unterstützt die Forderung nach gleichen gesellschaftlichen Bedingungen für marginalisierte und ausgegrenzte Gruppen und Personen.

www.igkultur.at

